

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unternehmungsbeilagen „Kunst-Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Monat März 25.— M., im Voraus zahlbar. Für Postbestellungen werden sämtliche postamtlichen Befehlsungen entgegengenommen. Unter Preisband bezogen für Deutschland, Dänemark, Schweden und Mitteldeutschland sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 50.— M., für das übrige Ausland 77.— M.

Die Jahrgangspostkarte (Kontrollkarte) über deren Raum kostet 10.— M., einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigenheftung. Laufende Anzeigen laut Form. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 7.— M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Druckerei: Zentrum 152 30—152 39

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ernste Krise in Polen

Rücktritt des Kabinetts

Über Nacht ist in Polen eine sehr ernste politische Krise ausgebrochen. Eine amtliche polnische Meldung besagt, daß der Ministerpräsident dem Staatschef das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts überreicht habe, weil keine Einigung zwischen der Regierung und der Wilna-Delegation zustande gekommen sei. Eingehender unterrichtet über die ausgebrochene Krise folgende Meldung des „Ost-Express“ aus Warschau:

Die so plötzlich und heftig in Polen ausgebrochene Krise wurde dadurch hervorgerufen, daß die vom polnischen Kabinett ausgearbeitete Urkunde über die Vereinigung des Wilnagesbietes mit Polen, wenn auch in vorsichtiger Weise, die Absicht andeutete, ein Autonomiestatut für das Wilnaland auszuarbeiten. Aus diesem Grunde lehnten 12 von den 20 Wilna-Delegierten, welche die bedingungslose Einverleibung in Polen forderten, die Unterzeichnung im letzten Augenblick ab. Ihrerseits wurde die polnische Regierung in ihrem Standpunkt durch die am 3. März eingekaufene Entente-Note bestätigt, worin die Alliierten ihrer Beunruhigung über die Stellungnahme Polens in der Wilnaer Frage Ausdruck geben, da der Beschluß des Wilnaer Sejms als gleichbedeutend mit einer Annexion des Wilnaer Landes durch Polen angesehen werde.

In Anbetracht der verschärften Krise wurde die festliche Feier der Rückkehr des Sejms, die am 3. März stattfinden sollte, abgefragt. Nachdem auch ein letzter Versuch des Sejm-Marschalls, die Wilna-Delegation zu überzeugen, fehlschlagen war, erfolgte die Demission des gesamten Kabinetts. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die polnische Regierung den Wilnaer Sejm telegraphisch ersucht, nicht in corpore nach Warschau zu kommen, während Abgeordnete des nationalen Blocks (Nationaldemokraten) ebenfalls telegraphisch die sofortige Abreise des Wilnaer Sejms nach Warschau gefordert haben. Die Lage ist zur Stunde völlig ungeklärt und wird als überaus ernst betrachtet.

Am die Vorgeschichte der jetzt ausgebrochenen Krise zu verstehen, muß man daran erinnern, daß Wilna, die größte Stadt Litauens mit einer gemischten polnisch-jüdisch-russisch-litauischen Bevölkerung, im Oktober 1920 von dem polnischen General Jeligowski besetzt wurde, obwohl die polnische Regierung kurz vorher im Vertrag von Suwalki das Wilnaland vorbehaltlos als Bestandteil des litauischen Staates anerkannt hatte. Auf die Proteste der litauischen Regierung hin gab die polnische Regierung den General Jeligowski und seine Truppen preis, was sie jedoch nicht hinderte, mit dem angeblich rebellischen General in engstem Kontakt zu bleiben und ihm nach wie vor als Rückendeckung zu dienen. Trotz

der offiziellen Abschüttelung durch seine Regierung blieb Jeligowski mit seiner Truppe in Wilna, das unter dem Druck der polnischen Offizianten mehr und mehr einen polnischen Anstrich erhielt.

Um jedoch dem ganzen Raubzug einen gesetzlichen Anstrich zu geben, versiel man auf das Mittel, eine Abstimmung der Bevölkerung darüber herbeizuführen, ob sie zu Litauen oder zu Polen gehören wolle. Die Abstimmung, die vor einigen Monaten stattfand, war die reinste Komödie: weder die Russen, noch die Litauer, noch die Juden nahmen an der Abstimmung, die unter dem Druck der polnischen Bajonette stattfand, teil. Trotzdem wurde das Wilnaland mit den Stimmen der polnischen Minderheit als polnisches Land erklärt und der zusammengestoppelte Wilnaer Sejm erklärte sich zum Träger des Gesamtwillens der gesamten Bevölkerung des Gebietes, die in ihrer großen Mehrheit von diesem „Parlament“ nichts wissen will.

Nun setzte der Tragödie zweiter Teil ein. Da der Wilna-Standal zu krassen Formen angenommen und sogar den Völkerverbund zu der ablehnenden Stellungnahme veranlaßt hatte, versuchte die polnische Regierung, im Einvernehmen mit dem Staatschef Pilsudski, die Wilnafrage in der Weise zu lösen, daß sie eine Föderation des autonomen Wilnagesbietes mit Polen anstrebte. Gegen diese Lösung setzte jedoch ein heftiger Feldzug der polnischen Nationaldemokraten, der Hauptpartei des polnischen Nationalismus ein. Während Pilsudski, und seine Regierung durch den losen Anschluß des autonomen Wilna-Gebietes an Polen die tatsächlich vollzogene Annexion dieses Gebietes zu verhüllen suchten, um den Protesten des Völkerverbundes zu begegnen, forderten die Nationaldemokraten den unverhüllten Anschluß Wilnas an den polnischen Staat. Hinter dieser Kampagne der polnischen Nationalisten verbarg sich jedoch nicht allein das jügellose Machtstreben der reaktionären Bevölkerungskreise. Wie jetzt deutlich hervortritt, sollte die Wilnafrage den Nationalisten auch als Mittel dienen, die als zu „fortschrittlich“ angesehene Regierung Bonikowski zu Fall zu bringen, die Position des Staatschefs Pilsudski zu schwächen und den rechtsstehenden Parteien die Macht in die Hand zu spielen.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die jetzt ausgebrochene polnische Regierungskrise einen weit ernstern Charakter, als den einer Unstimmigkeit über eine einzelne Frage. Es handelt sich hier vielmehr um einen Kampf zweier großer Parteigruppen um das gesamte Regierungssystem, um einen Kampf, der von nachhaltigster Bedeutung für die innere und äußere Politik Polens sein dürfte.

Longuet, Serrati und Vandervelde über die Frankfurter Konferenz

Im Pariser „Populaire“ schreibt Gen. Jean Longuet über die Frankfurter Konferenz: Die Frankfurter Konferenz hat vollkommen den Hoffnungen ihrer Veranstalter entsprochen. Nach sieben Jahren der grausamen Trennung und der wachsenden Ohnmacht der europäischen sozialistischen Aktion gab sie das erste bemerkenswerte Beispiel der Wiederherstellung der proletarischen Einheitsfront, von der man so in gewissen Kreisen spricht — ohne allerdings große Anstrengungen für ihre Verwirklichung zu machen.

War es nicht eine bemerkenswerte Tat, daß im gleichen Saal zu den Beratungen über eine gemeinsame Aktion Männer vereinigt waren, wie Serrati und Vandervelde, Paul Levi und Renaudel, Ledebour und Weis? Ist es nicht eine noch bemerkenswertere Tat, daß über die ernstesten und die delikatesten internationalen Probleme der gegenwärtigen Stunde, die die verschiedenen Bourgeoisien von Europa gänzlich entzweit finden, die Sozialisten von Deutschland, von England, von Belgien, von Frankreich und Italien sich schnell über die von Belgien, von Frankreich und Italien sich schnell über die diesmal kräftigen und geschmeidigen Rezepte einigten, die allein den notwendigen Wiederaufbau Europas und den Weltfrieden vorbereiten können?

Unsere Klassenfeinde, die mit ihrer Hoffnung prohten, uns unvermeidlich getrennt zu sehen, verbergen nicht ihren Zorn und ihre Enttäuschung. Diese manifestiert sich in einer fürchterlichen Kampagne der Pariser Presse, die in einem böswilligen und verächtlichen Chor die Herren Tardieu und Gustav Hervé, M. Patapie und M. Bailly vereinigt.

Ueber ihren Kopf werden wir an die französische Nation appellieren, die uns hören wird, denn sie begreift mehr und mehr, daß ihr Interesse sich dort mit demjenigen von Europa.

Im Mailänder „Avanti“, dem Hauptorgan der italienischen sozialistischen Partei, schreibt Genosse Serrati u. a. über die Frankfurter Konferenz:

„Es war nicht leicht zu einer Uebereinstimmung zu kommen. In der Luft lag, wie Paul Levi richtig hervorhob, noch sehr viel Ketzerei und unter vielen Sozialisten herrschte

noch — warum sollte man dies verschweigen? — viele nationalistische Vorurteile. Leider ist der Haß noch nicht völlig ausgelöscht. Nicht umsonst haben wir alle vier Jahre schrecklicher Kriegspredigungen durchgemacht, die jedes Verständnis verdunkelt und so viele Herzen vermischt hat.

Wir haben erklärt, von den Beschlüssen Kenntnis zu nehmen und haben dieser Kenntnisnahme den Charakter der Zustimmung gegeben, weil wir diese als eine Verpflichtung zu aktiverer und energischerer Aktion gegen die Reaktion und den Militarismus betrachteten, welcher uns mit neuen Kriegen bedroht. Das Proletariat hat das Bedürfnis, seine eigene internationale Front gegen die reaktionären Machenschaften zu bilden. Dieses ganz unfruchtbare Dokument hat für uns die Bedeutung von Versprechen und Wunsch. Wenn an der nächsten internationalen Konferenz auch die Vertreter der Dritten Internationale mit der Ueberzeugung der Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen teilnehmen werden, wird ein überaus großer Schritt zur Verwirklichung jener Ideen der Eintracht getan sein, die wir seit langem verfolgten.

Vandervelde erklärte einem Vertreter des Brüsseler „Peuple“ bei seiner Rückkehr aus Frankfurt:

„Wir kehren von Frankfurt, wo zum ersten Male seit 1914 die allen Schattierungen sozialistischen Denkens angehörenden Kämpfer von Frankreich, England, Deutschland, Italien und Belgien in einem Geiste der Herzlichkeit und der wirklich vollkommenen Uebereinstimmung zusammengelassen waren, wo befriedigt als nur möglich zurück.“

Das letzte Mal, als ich in Frankfurt war, war ich mit Jaures zusammen. Die Polizei verbot uns zwar nicht, in einer politischen Versammlung zu sprechen, aber sie verlangte, daß wir deutsch sprachen.

Diesmal fand unsere Konferenz im Rathaus statt, wo die Sozialisten eine Mehrheit haben (hier irrt Vandervelde. D. Red.), in dem der Paulistirche gegenüberliegenden alten Schloß, wo man einstmal Kaiser trönte und wo das Frankfurter Parlament zusammentritt.

Und im Augenblick des Auseinandergehens, als die ganze Konferenz mit fast religiösem Ton spontan die Internationale anstimmte, hatten wir die reine Empfindung, daß nunmehr in den Ländern des Westens die sozialistische Einheitsfront verwirklicht ist.“

Betrachtungen zur Koalitionspolitik

Von Paul Lange

Genosse Karl Kautsky hat sich in der „Freiheit“ vom 25. Februar mit leichem Spott über die Agitatoren geäußert, die nicht den Mut haben, offen mit bürgerlichen Elementen zusammenzuwirken, dies aber in versteckten Formen tun. Als Beispiel nannte er, daß man früher bei Stichwahlen zwar nicht mit bürgerlichen Oppositionsparteien ein regelrechtes Stichwahlabkommen abschloß, wohl aber auch o h n e ein solches Abkommen den Demokraten gegen den Konservativen unterstützte. Der Spott, den Genosse Kautsky ausgießt, ist unbedeutend. Es handelte sich damals nicht um die Frage, in welcher Form man mit den Bürgerlichen ein Abkommen treffen wollte, sondern darum, ob man überhaupt ein Geschäft, d. h. eine gegenseitige Vereinbarung und Verpflichtung eingehen dürfe, oder ob man die Stichwahlhilfe von Fall zu Fall auf Grund eigener freier Entscheidung zu gewähren hätte. Dies darf nicht verdunkelt werden, wenn die Diskussion fruchtbar sein soll.

Sobald das Buch Kautskys erscheint, werden die Proletarier wohl Gelegenheit haben, sich über das Wesen der Koalitionspolitik zu unterrichten. Bisher sind darüber ganz sonderbare Anschauungen im Proletariat vorhanden. Mander glaubt, wenn unter zehn Ministern fünf Sozialdemokraten sind, hätten die Sozialdemokraten die Hälfte der „Macht“. Das ist natürlich falsch. Die sozialdemokratischen Minister sind sogar in ihren eigenen Ressorts gehemmt durch die Bureaucratie. Ganz abgesehen davon, daß die Macht nicht von den Ministersejeln ausgeht. Die deutsche Republik hätte erst einen sozialdemokratischen, jetzt einen demokratischen Reichswahlminister — und die Reichswehr ist in den Händen ihrer Offiziere nichts weniger als ein sicherer Schutz der Republik. Wir haben einen sozialdemokratischen Reichsjustizminister, aber politisch eine Nullziffer, die einen Hund jammern könnte. Wir haben ein Reichsarbeitsministerium, aber keinen Fortschritt in der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Die Koalition wirkt sich nach zwei Richtungen aus. Nämlich nicht nur im Sinne ihrer Befürworter, indem die Teilnehmer der Regierungskoalition einen mehr oder weniger großen Einfluß auf den amtlichen Apparat haben, sondern noch viel mehr in dem Sinne, daß die Koalitionsteilhaber, um die Koalition lebensfähig zu halten, gezwungen sind, von ihren eigenen Plänen und Absichten sehr viel in die Kumpellammer zu stellen. Nach Lage der Dinge trifft dies gerade die Arbeiterparteien, wenn sie mit bürgerlichen Parteien koalieren wollen. Denn die Arbeiterparteien wollen Neuerungen, Änderungen; sie sind gewissermaßen die Angreifer. Ihnen gegenüber sind die bürgerlichen Parteien (trotz aller Verschiedenheiten unter sich) konservativ. Eine Koalition zwischen Bürgerlichen und Sozialisten setzt sich also aus ganz ungleichen Partnern zusammen, von denen die ersteren tatsächlich schon dann Sieger sind, wenn sie das Bestehende nicht zu ändern brauchen.

Das schlimmste aber ist: Der Koalitionsgestaltende besetzt nicht nur die Koalitionsminister, sondern verleiht die betreffende proletarische Partei, lähmt sie an allen Ecken und Enden. Das ist der Kernpunkt der ganzen Sache.

Nach dem Ausspruch des Reichspräsidenten Friedrich Ebert ist Deutschland das freieste Land der Welt. Weil es das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter hat. Zweifellos ist die Zahl der wahlberechtigten Proletarier riesengroß; die zahlenmäßig stärkste dieser Arbeiterparteien ist sogar Teilhaberin der Regierungskoalition. Was aber hat dieses freieste Land der Welt mit den zahlenmäßig starken Arbeiterparteien und seiner bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition seit 1918 für das Proletariat geleistet?

Wie steht es mit der Sozialisierung? Ach, davon wollen wir doch lieber gar nicht reden. Mit Recht sagte am Montag ein Unsteinblatt, die deutsche Republik habe zwar eine halbsozialistische Etikette, aber einen plutokratischen Charakter als das wilhelminische Kaiserreich.

Begnügen wir uns damit zu betrachten, welche Fortschritte die im kaiserlichen Deutschland langsam begonnene Sozialpolitik unter der republikanischen Koalitionsregierung gemacht hat. Wo ist das Gesetz zur Regelung der Arbeitszeit? Das gibt es in der deutschen Republik nicht. Die während der ersten Revolutionsmonate erlassenen Demobilisierungsvorschriften über die Arbeitszeit laufen am 31. März 1922 ab; da inzwischen noch kein Arbeitszeitgesetz geschaffen worden ist, sollen sie vorläufig verlängert werden. Wo ist die Arbeiterbewegung, die jetzt mit Macht für die alte sozialdemokratische Forderung des gesetzlichen Achtstundentages eintritt? Die bürgerlich-sozialdemokratische Regierungskoalition will entsprechend des alten Spruches „teile und herrsche“ den einzelnen Arbeitergruppen nach und nach besondere Arbeitszeitgesetze aufhalsen. Die Eisenbahnbeamten haben sich gegen diese Gesetzesmacherei gewehrt. Wo sind die Arbeiter, die daselbe tun? Sie stellen vielfach ihre Taktik auf die Bedürfnisse der Regierungse-

Koalition ein! Es mangelt ihnen infolge der Regierungs-Koalition an Selbständigkeit.

Die bürgerlich-sozialdemokratische Regierungskoalition will unter einem sozialdemokratischen Reichsjustizminister die bisherigen Arbeitsgerichte (Gewerbe- und Kaufmannsgerichte) beseitigen und in die Amts- und Landgerichte eingliedern, also eine mehr als dreißigjährige Entwicklung rückgängig machen. Diese königlich preussischen Juristen sollen zugleich (wie der Justizminister Rodbruch nach den Berichten der bürgerlichen Presse mitgeteilt hat) die Leitung der künftigen Arbeitsämter übernehmen. Eine Idee, auf die der Urgroßvater Wilhelms II. hätte stolz sein können!

Wie war es möglich, daß die bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition vor wenigen Wochen die Erwerbslosenfürsorge beseitigen wollte — ein Ueberumpelungsversuch, der allerdings nicht beim ersten Anlauf glückte, weil der AFL-Bund und einige freie Arbeitergewerkschaften widersprachen. Aber auch hier zeigte sich praktisch, daß die Arbeiterbewegung als Ganzes nicht die Regierungskoalition beschuldete, daß es vielmehr umgekehrt war.

Gelingt der Koalitionsregierung irgendein Anschlag auf bestimmte Arbeiterrechte nicht, dann sucht sie sich, wie den Eisenbahnbeamten gegenüber, mit dem albernem Argument aus der Schlinge zu ziehen, der betreffende Plan sei zunächst nur ein „Referentenentwurf“ gewesen. Als ob man die Regierungskoalition nicht gerade an den „Referentenentwürfen“ erkennen muß.

Bei der Umsatzsteuer ist dem Großkapital zuliebe die Forderung der Genossenschaften, sie ihrem Wesen entsprechend zu berücksichtigen, von der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierungskoalition fallengelassen worden, obwohl die Erfüllung dieser Forderung nicht nur im Interesse proletarischer, sondern auch bürgerlicher Kreise gelegen hätte. Nachdem so die sozialdemokratischen Teilhaber der Regierungskoalition es über sich gebracht haben, die Genossenschaften im Stich zu lassen, bringen es Zentrumsabgeordnete (auch Teilhaber der Regierungskoalition) gemeinsam mit der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei fertig, zu beantragen, daß Agrar-genossenschaften umsatzsteuerfrei, Arbeitergenossenschaften aber umsatzsteuerpflichtig sein sollen.

So ließen sich noch viele Fälle erwähnen, in denen die proletarischen Interessen (von sozialistischen Interessen ganz zu schweigen!) der Koalitionspolitik geopfert werden. Man verzichtet innerhalb des Proletariats der Koalition zuliebe auf ein politisches Eigenleben, denn die berühmte Disziplin erfordert, daß die Parteigenossen ihren Koalitionsmännern „keine Schwierigkeiten“ machen. Aus der Rolle eines Stümmers und Drängers wird so die eines Rechnungsträgers der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition. An die Stelle der geistigen Aktivität tritt die der Passivität. Diese Passivität proletarischer Organisationen, der Mangel an politischer Selbständigkeit ist ein Grund für die Verdrossenheit, die vielfach im Proletariat anzutreffen ist. Diese Verdrossenheit und Gleichgültigkeit schwächt wiederum die Stellung der Koalitionsmänner und Parlamentsfraktionen.

Die Zahl der sozialistischen Koalitionsmänner ist kein Thermometer für die Macht der Arbeiterklasse. Das Proletariat kann — zumal, wenn es innerlich einig ist — ohne Koalitionsmänner sogar mächtiger sein, als es jetzt mit Koalitionsmännern ist. Oder will jemand behaupten, die Deutschen Nationalen seien in der Republik einflußlos, weil keiner der ihrigen einen Ministerfessel zielt? Sie sind ohne Ministerfessel sogar mächtiger als manche der Koalitionsparteien, die sich im Besitze etlicher Ministerfesseln befinden.

Die Rechtssozialisten und Hermes

Wie die „Dona“ hört, hat im Laufe des heutigen Vormittags zwischen dem Reichsanwalt und dem Abg. Wels, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, eine Besprechung stattgefunden, die der Frage der Besetzung des Reichsfinanzministeriums zum Gegenstand hatte. Nach Beendigung dieser Besprechung begab sich der Reichsanwalt zum Reichspräsidenten Ebert, um mit ihm in der gleichen Angelegenheit zu konferieren.

Die Umsatzsteuer

Im Steuerausshuß des Reichstages wurde am Sonnabend zunächst die Inzeratensteuer beraten. Die Abgg. Rohmann (Soz.) und Dr. Herz (U.S.P.) wandten sich energisch gegen einen demokratischen Antrag, die ganze Inzeratensteuer zu streichen. Höchstens dürfe man den kleinen Zeitungen entgegenkommen. Für die größeren sei das nicht geboten. Von einer eventuellen Erleichterung hätten nur die Einnahmer der Inzerateneinkünfte den Nutzen. Dagegen befürworteten die Abgg. Bruhn (Dn.), Dr. Fischer (Dem.) und Lange-Hegermann (Str.) die Streichung der Inzeratensteuer. — Schließlich wurden alle Anträge abgelehnt. Es blieb bei den Beschlüssen erster Lesung. Danach beträgt die Inzeratensteuer für die ersten 200 000 Mark des vereinnahmten Entgeltes 1 Prozent. Sie steigt dann progressiv bis zu 4 Prozent für alle Inzeratenträge über 1,1 Million Mark. — Hierauf wurde die Beratung über das Umsatzsteuergesetz fortgesetzt. Entgegen verschiedenen Anträgen, den nach den Beschlüssen erster Lesung vorgegebenen Termin des Inkrafttretens am 1. Januar 1922 hinauszuschieben, erklärte die Regierung, daß es zwar schwierig sei, einer Verbrauchssteuer rückwirkende Kraft zu geben, daß sich aber die Geschäftswelt darauf hätte rechtzeitig vorbereiten können. Ein späteres Inkrafttreten würde nicht nur einen Minderertrag von einer Milliarde Mark ergeben, sondern auch Steuerhinterziehungen begünstigen. Unbilligkeiten sollten vermieden werden im Wege der Billigkeitserlasse. — Ein deutschnationaler Antrag, das Gesetz erst am 1. April in Kraft treten zu lassen, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Arbeit für die Monarchie

Graf Reventlow, der bekannte Kriegsharbo der Alldeutschen, der während des Völkermordens täglich zweimal ganz England verpöste, die weitestestenden Anreizungspläne verfaßt und in Hinsicht auf die vorzüglichsten Wirkungen des Stahlbades, die er in der Heimat, am kugelsicheren Schreibtisch sitzend, erprobte, jeden Verständigungsversuchen bemptete, dieser Graf Reventlow stellt in seinem „Reichswart“ folgende melancholische Betrachtungen über die Aussichten der Monarchie an:

„Wer sich selbst ansieht, dem ist nicht zu helfen, wer zu weich ist, um etwas anderes als Privatmann zu sein, scheide! aus. Der monarchische Gedanke in Deutschland wird damit aber nicht erstickt sein... Die Deutschen brauchen einen Monarchen, der ein wirklicher Monarch und für sie da ist, keine republikanischen Regierungen und Präsidenten. Die nur für ihre Parteien da sind und vom kapitalistischen Welt-Turnament geleitet werden. Da man ein nationales Deutschland, eine nationale Monarchie erreichen wird, und wann, das wissen wir nicht. Die Zukunft ist undurchsichtig. Daß sie aber erreicht werden wird, wenn nicht das gese-

beitet und gekämpft wird, und zwar systematisch, das unterliegt keinem Zweifel. Angestrenzte, systematische, vorbereitende Arbeit für die Monarchie ist Pflicht und höchst fruchtbare Aufgabe für alle, die ein wirkliches deutsches Volk wollen. Eine himmlische Vorsehung, auf die man hier und da gläubig zu hoffen scheint, dürfte sich um die Fragen schwerlich kümmern.“

Die „vorbereitende Arbeit für die Monarchie“ bestand bisher in der Abschlagung republikanischer und revolutionärer Führer. Sie war, wie die lange Liste der Ermordeten zeigt, ziemlich „fruchtbar“, und wenn trotzdem die Monarchisten einer unruhigen Zukunft entgegensehen, wenn sie selbst die Hoffnung auf die himmlische Vorsehung aufgegeben haben, dann ist das wohl ein deutlicher Beweis dafür, daß ihre Zeit vorbei ist.

Die Bankangestellten im Aufsichtsrat

In der Ausgabe der „Freiheit“ vom vorigen Sonntag teilten wir mit, daß das Bankkapital bemüht sei, das Gesetz über die Teilnahme der Betriebsräte an den Aufsichtsräten für die Bankunternehmungen unwirksam zu machen. Inzwischen haben, wie jetzt mitgeteilt wird, Vertreter der Bankangestellten mit der Regierung verhandelt. Herr Hermes, der die Regierung vertritt, hat in einer Aussprache den Bankangestellten gesagt, daß vor der endgültigen Entscheidung des Reichs-

Terrorismus gegen Verständigungswillen

Die „Rote Fahne“ vom 2. d. M. brachte eine telegraphisch übermittelte offizielle Meldung der russischen „politischen Abteilung des Volkskommissariats des Innern“ (hinter der sich die jetzt „aufgelöste“ Tscheka versteckt) über die in Moskau erfolgte Verhaftung des Zentralkomitees und zahlreicher Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei.

Es soll eine große Verschwörung dieser Partei aufgedeckt worden sein und zwei inzwischen „zum Bewußtsein ihrer Verbrechen gekommene“ gewesene Mitglieder der Partei, Semjonow (Wassiljew) und Koroplowa sollen den Behörden erdrückendes Material über geplante Aufstände und Terroranschläge gegen Lenin, Trozki, Sinowjew u. a. geliefert haben. Die Angeklagten sollen demnächst vor das revolutionäre Tribunal gestellt werden.

Diese aufsehenerregende Nachricht ist so redigiert, daß man beim oberflächlichen Lesen unbedingt den Eindruck gewinnen muß, daß die ganze Geschichte mit der „Verschwörung“, den Aufständen und Mordanschlägen sich jetzt, im Jahre 1922, zugegetragen habe.

Sieht man sich aber die Moskauer Meldung etwas genauer an, so ergibt sich, was übrigens jedem Kenner der russischen Verhältnisse ohnehin klar ist, daß dies alles sich auf die Jahre 1917 und 1918 bezieht!

Der „Anschlag auf Lenin“ ist derselbe, der im Jahre 1918 von der hingerichteten Dora Kaplan ausgeführt worden ist und den zehntausende unschuldige Geiseln mit ihrem Leben bezahlen mußten. Kowolodski und Uriski wurden ebenfalls im Jahre 1918 ermordet. Die Aufstände, Expropriationen, Sprengungen der Eisenbahnbrücken usw., alle diese unausbleiblichen Begleiterscheinungen des übrigens von den Bolschewisten selbst durch gewalttätige Auflösung der Konstituante entfesselten Bürgerkrieges, gehören ebenfalls in die längst verfllossene Zeit des schärfsten inneren Kampfes in Rußland.

Und die in der Moskauer Meldung erwähnten „verhafteten“ Führer der sozialrevolutionären Partei, Goh, Donskoi, Timojeew u. a. s. sind bereits seit 1919 im Butyrki-Gefängnis zu Moskau.

Nun sollen jetzt diese bereits vergilbten Blätter der blutigen Geschichte des russischen Bürgerkrieges wieder aufgetoßt werden. Es soll wieder der alte Streit entseffelt, der alte Haß neu entfacht werden. Jetzt, nach 14 Jahren, nach wiederholten General-Amnestien, nach Einstellung des Bürgerkrieges seitens der Sozialrevolutionäre und nach erfolgter formeller Legalisierung dieser Partei.

Warum? Wozu?

Den äußeren Anlaß zur Inzisionierung dieses Prozesses gaben die „Enthüllungen“ eines gewissen Semjonow (Wassiljew), die vor einigen Tagen in Form einer Broschüre in Berlin veröffentlicht worden sind.

Semjonow, der in den Jahren 1917—1918 Mitglied einer antibolschewistischen Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei war, trat später zu der den Bolschewisten verfeindlichen gestimmten sozialrevolutionären Gruppe „Korob“ über und wurde von dieser Gruppe während des russisch-polnischen Krieges mit einer Anzahl Genossen über die Front geschickt, um im Rücken der polnischen Armee als Freischärler zu wirken. Die Polen fingen jedoch die ganze Gruppe ab und ließen sämtliche Mitglieder hinrichten. Bloß Semjonow entging diesem Schicksal. Er trat zu dem im polnischen Solde stehenden berüchtigten antibolschewistischen Bandenführer Sawinkow über und begab sich nach einiger Zeit in Auftrag Sawinkows nach Sowjetrußland, wo er wiederum zu den Bolschewisten übertrat.

Dieser saubere Herr mit dem außerordentlich behnbaren Gewissen fungiert nun als Kronzeuge der bolschewistischen Anwälte im Strafprozeß gegen seine früheren Parteigenossen.

Seine „Enthüllungen“, die offenbar nur eine Abschrift seiner dem Untersuchungsrichter der Tscheka gemachten Aussagen darstellen, enthalten wohl manche Einzelheiten, die bisher der Öffentlichkeit nicht bekannt gewesen sind, jedoch keine neuen wichtigen Tatsachen, die das allgemein bekannte Bild des Parteikampfes während der ersten Periode des Bürgerkrieges irgendwie verändern könnten.

Die in Berlin lebenden Mitglieder des Zentralkomitees der sozialrevolutionären Partei, Tschernow u. a., erklären diese Enthüllungen Semjonows für erlogen und strengen gegen die Berliner Sowjetzeitung „Kown Mir“, die sie abgedruckt hat, einen Verleumdungsprozeß an. Jetzt steht aber jedenfalls, daß die Aussagen Semjonows bereits vor vielen Monaten (wahrscheinlich schon im April-Mai 1921) gemacht worden sind.

Also: drei Jahre lang wußten die Bolschewisten in großen Umrisen von den Verbrechen der Sozialrevolutionäre vor der proletarischen Revolution; seit 9 bis 10 Monaten sind ihnen auch alle „Einzelheiten“ bekannt. Aber erst jetzt haben sie sich entschlossen, die Angelegenheit zum Gegenstand einer gerichtlichen Verhandlung zu machen.

Zu welchem Zweck geschieht das?

Die Bolschewisten und ihre Kumpfschaften befringeln in der Redaktion der „Roten Fahne“ marxieren spontane moralische Entrüstung. Die sozialrevolutionären „Mörder“, „Attentäter“ und „Meuterer“ sollen bestraft werden. Das verleiht moralische Gesichtspunkt maßvoller

Kabinetts den Organisationen in mündlichen Verhandlungen, die von der Regierung veranlaßt werden sollen. Gelegenheit gegeben wird, den beteiligten Ministerien wie auch den Großbanken ihren Standpunkt darzulegen.

Wir finden es merkwürdig, daß hier von einer „endgültigen Entscheidung des Reichskabinetts“ geredet wird. Die endgültige Entscheidung über die Frage der Vertretung der Arbeiter und Angestellten in den Aufsichtsräten ist gefallen durch die Annahme des Gesetzes im Reichstag. Dieses Gesetz kennt keine Ausnahmen für bestimmte Berufsgruppen, und schon der Versuch, eine solche Ausnahme zum Nachteil der Bankangestellten nachträglich zu schaffen, erscheint uns unerhört.

Reichspräsident Ebert hat dem Genossen Ledebour seine Anteilnahme bekundet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Krankenlager Ledebours nicht von langer Dauer sein werde.

Massenmahnregelung bei Opel. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Rüsselsheim meldet, hat die Firma Opel eine Erklärung ertausen, wonach die streikenden Metallarbeiter, etwa vier-tausend, als entlassen betrachtet werden und ihre Papiere in Empfang nehmen können.

Streik der Wiener Buchhandlungsgehilfen. Da die Buchhändler die von ihren Gehilfen aufgestellte Forderung einer Lohnerhöhung um 80 Prozent, die später auf 60 Prozent herabgeleht wurde, abgelehnt haben, soll jetzt in sämtlichen Buchhandlungen Wiens der Gehilfenstreik einsehen.

Ethiker wie Sinowjew, Kadel, Bela Kun und der Organisatoren des Märzputsches in Deutschland schreit nach Sühne!

Wie, die Sozialrevolutionäre wollten im Interesse ihrer Partei Terrorakte ausüben? rufen in höchster sittlicher Enttäuschung die Leiter der „Tscheka“, die Tausende unschuldiger Leute hinführten liehen, die im Jahre 1918 offiziell, in ihrem amtlichen Organ, die Einführung von Folterungen predigten und sie inoffiziell auch anwandten und noch jetzt anwenden. Wie, das Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre hat in der Partei Terroristen geduldet und sogar gefördert? Schreien in tiefer moralischer Erschütterung jene Leute, die trotz feierlicher Erklärungen Lenins jene bolschewistischen Matrosen ungeschoren ziehen liehen, die im Krankenhaus die franken Minister Kofoschkin und Schingarew bestialisch ermordet und die völlig unschuldigen Gebrüder Gengels erschossen hatten. Wie, die Sozialrevolutionäre haben Brücken gesprengt und Aufstände organisiert? Heulen in stärkster sittlicher Erregung jene Leute, die in Rußland und anderen Ländern unglückliche Waise ähnliche und noch weit schlimmere Dinge verübt haben.

Wer wird an die Ehre der moralischen Beweggründe dieser Ehrenmänner glauben? Wer wird moralische Gesetze ernst nehmen, die 3 Jahre bzw. 10 Monate brandeten, um endlich verletzt zu werden?

Unsere Partei hat während der ganzen Revolution stets aufs schärfste jeglichen Vutschismus und Terrorismus, sowohl den bolschewistischen, als auch den sozialrevolutionären oder anarchistischen verurteilt. Wir haben stets dem Standpunkt vertreten, daß die proletarischen, revolutionären und demokratischen Elemente des russischen Volkes sich nicht mit solchen Mitteln bekämpfen dürfen, wenn nicht der Sache des Proletariats und des Sozialismus unermesslicher Schaden zugefügt werden soll. Und unsere Partei hat auch in ihrer Gesamtheit, bis auf einige vereinzelte Splitter und Eigenbröder, an dieser Position festgehalten.

Wir sind deshalb in der Lage, die nun aufgerollte Gelegenheit objektiv, vom Standpunkte der reinen Zweckmäßigkeit zu betrachten. Und da fragen wir: Wer braucht jenen Gerichtsprozeß, den die Bolschewisten jetzt in Szene setzen wollen? Welchem wirklichen Bedürfnis des russischen Proletariats, der internationalen Arbeiterklasse oder des russischen Volkes entspringt das Bestreben, noch etliche Führer der sozialrevolutionären Partei hingerichtlich? Ist der russischen Revolution gedient, wenn kurz vor Genua der Parteistreit und Parteikampf in Rußland künstlich bis zum äußersten verschärft und entfacht wird? Wird die Herstellung der Einheitsfront des Weltproletariats, deren Notwendigkeit vor einigen Tagen in Moskau in so bedeutenden Worten Sinowjew befrwortete, gefördert, wenn in den Reihen der ausländischen Sozialisten durch eine derartige Behandlung gefangener russischer Sozialisten die größte Erbitterung hervorgerufen wird? Oder glauben die bolschewistischen Machthaber, durch solche Mittel den hungernden, zum Kannibalismus herabgekommenen Millionen an der Wolga zu helfen, deren unglückliche Leiden sie durch ihre wahnsinnige Politik mitverschuldet haben?

Nein, wer die Bolschewisten kennt, weiß, daß in diesem Falle, wie in ihrer ganzen Terrorakt der letzten zwei Jahre nicht große, wenn auch falsch angewandte Prinzipien, nicht große, wenn auch falsch gerichtete Leidenschaften, sondern einzig und allein niedrige, kleinliche Interessen verschiedener Fraktionen und Gruppen den Ausschlag geben.

Die „reformierte“ Tscheka will dem radikalen Flügel der Kommunisten zeigen, daß sie nicht minder aktionsfähig und schneidig ist, wie die alte, und daß ihre „Auflösung“ keineswegs als Milderung der Schreckensherrschaft aufzufassen ist.

Die „Unveröhnlichen“, d. h. die Schlimmsten und bürgerlichsten Elemente des Bolschewismus — wie Serrati richtig in seinem Brief an Levi bemerkt — wollen durch diesen Prozeß den alten Parteihäß neu auffiedern lassen, sie wollen durch das Blut der Goh und Genossen jede Annäherung zwischen den Parteien unmöglich machen und jene „Versöhnungsbestrebungen“ innerhalb der kommunistischen Partei im Keime erstickt, die immer stärker zu werden drohen.

Den Arbeitermassen, die nicht begreifen können, wie die neue ökonomische Politik, die Wiederherstellung des Kapitalismus, das weitgehendste Entgegenkommen an Kapitalisten und Schieber usw. sich mit der unerbittlichen Verfolgung von Sozialisten und andersdenkenden Proletariern vereinigen läßt, soll nun dieser Widerspruch durch „Entladung der Verdrehen“ der Sozialrevolutionäre plausibel gemacht werden.

Diese engberzigen parteiorganisatorischen Motive sind die wirtlichen Beweggründe dieses Prozesses! Ihnen zuliebe soll die Lage Rußlands vor Genua geschwächt werden! Ihnen zuliebe soll die Einheitsfront des internationalen Proletariats geopfert werden! Ihnen zuliebe sollen eine Anzahl alter Sozialisten, die jahrzehntelang in der zarischen Katorga gekämpft haben, aufs Schafott geschickt werden.

Es ist ein ungeheures Verbrechen an dem russischen und an dem internationalen Sozialismus, das jetzt von den Bolschewisten geplant wird! Die Pflicht aller ausländischen Sozialisten und Kommunisten, die Pflicht aller wirklichen Demokraten und Freunde Rußlands ist es, durch rechtzeitige und energische Einmischung das Loben der gefangenen Sozialisten zu retten und das drohende Unheil zu verhüten! R. A. Bra m a w i t s c h

Deutscher Reichstag

Sonnabend, 4. März 1922.

Präsident Ebert eröffnet 1 Uhr 15 Minuten die Sitzung. Der Reichstag beschließt, die nachgeordnete Genehmigung zur Strafvollziehung der Abgeordneten Unterleitner (U.S.P.), Düwel (R.G.), Wiener (Dn.), Fuchta (U.S.P.), Reich (R.P.D.), Keil (S.P.D.) und Jand (S. Bp.) nicht zu erteilen. Ein Gesetzentwurf betreffend Sicherung der Fleischversorgung, der im wesentlichen bestimmt, den Schlachtwirtschaften aufzuheben, wird dem Reichswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Desgleichen ein Gesetzentwurf über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. — Der Gesetzentwurf zur Abberaumung des Reichsstaates in Ober-Schlesien wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen. Der Gesetzentwurf betreffend Änderung der Wahl nach der Reichsversicherungsordnung geht an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Haushaltsberatung

Staatssekretär Müller: Die Reichsregierung denkt nicht daran, das Reichsministerium für Wiederaufbau aufzulösen. Es ist gewissermaßen das Ministerium zur Durchführung des Friedensvertrages. Es hat die Lieferung der Sachleistungen, die Entsendung von Arbeitskräften und was sonst mit dem Friedensvertrag zusammenhängt, zum Vereinbar mit den Alliierten in die Wege zu leiten. Im weiteren hat es viele Kriegsschadigungen zu prüfen und auch die Frage der Seefischerei und Binnenfischerei, sowie die der Seefischerei unterfacht ihm. Es ist selbstverständlich, daß bei den vielen Milliardenausgaben des Wiederaufbauministeriums mit dem Finanzministerium Hand in Hand zu arbeiten hat. Von einer Abhängigkeit in dem Sinne, wie gestern hier davon gesprochen wurde, kann nicht die Rede sein. Die Reichsregierung hat alles getan, was möglich war, den Wiederaufbau nach Kräften zu fördern. Dabei ist auch auf das Kleinhandwerk in umfassender Weise Rücksicht genommen. Allein in den letzten Monaten sind dem Handwerk für sieben Millionen Mark Aufträge zugewiesen. Wir haben den Alliierten unzählige Anregungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unterbreitet, haben Bereitwilligkeit über Bereitwilligkeit zu größter Anstrengung erklärt, aber nur wenig Gegenliebe gefunden. (Hört! Hört!)

Abg. Haas (Dem.): Die Stimmung unter den vom Reich zu Entschädigenden ist höchst unzufrieden. Der gute Wille ist ihnen oft genug erloschen, aber davon können sie nicht leben. Sehr wahr! Man kann nicht jahrelang die Leute im Zustand des Elends leben lassen, in das sie durch den Krieg geraten sind. Man soll schnell helfen und vor allen Dingen den Auslandsdeutschen schnellstens ermöglichen, ihre alten Beziehungen wiederherzustellen. Es geht nicht an, daß das Reich, wenn es auf Grund des Ausgleichsgesetzes die Differenz zwischen Goldwährung und gekuntener Währung zahlt, von diesem Steuern verlangt. Wir wünschen, daß die Sachleistungen möglichst im freien Verkehr erfolgen. Bedauerlich ist, daß es Interessententresse gibt, die möglichst viel Gegenstände in gebundenem Verkehr liefern möchten. (Hört! Hört!)

Abg. Meißner (Ztr.): Wir wünschen, daß das Wiederaufbauministerium wieder mit einem Minister besetzt wird. Es wäre eine wirkliche Sparmaßnahme, wenn man durch den Krieg entstandene Anstöße und andere Erscheinungen möglichst schnell wieder aufrichtet. Daß es nicht geht, daran ist nicht das Wiederaufbauministerium, sondern das Reichsfinanzministerium schuld, dem es an dem nötigen Weitzahl fehlt. Wir sind dem Staatssekretär dankbar, daß er das freie Sachleistungsabkommen getroffen hat, und stimmen dem Abgeordneten Haas bei, daß die Sachleistungen möglichst alle in freiem Verkehr erfolgen sollen.

Abg. Ernst (U.S.P.):

Das Wiederaufbauministerium ist zur Zeit eines der wichtigsten. Leider hat bisher die Arbeit dieses Ministeriums den Anforderungen nicht entsprochen, die wir an ein solches Ministerium stellen müssen. Nicht nur die Bürokratie ist schuld an der mangelhaften Arbeit, sondern es sind dort auch Kräfte am Werke, die Sabotage betreiben. Immer wieder haben wir erleben müssen, daß in den Ausschussberatungen in erster Linie die Privatinteressen gefordert sein sollten und man erst in zweiter Linie an das Gemeinwohl dachte. Wenn man sich so für die restlose Entschädigung der Auslandsdeutschen ins Zeug gelegt hat, so ist das daraus zu verstehen, daß diese Leute zu 99 Prozent Angehörige der bestehenden Klasse sind. Es sind bewegliche Klagen geführt worden über das geringe Entgelt der Franzosen. Aber es ist doch so, daß die französischen Kapitalisten an dem Wiederaufbau allein verdienen wollen. Es geht ihnen genau so wie den deutschen Kapitalisten. Wir aber müssen einen wirklichen Wiederaufbau verlangen, bei dem die Gewinne durch gegenseitige Bestimmungen ausgeschaltet werden.

Die Arbeiter denken drüber sowohl wie die Kapitalisten über diese Dinge als die Kapitalisten.

Als sie zusammenkamen, um Vorschläge über den Wiederaufbau zu machen, haben sie sich sehr schnell verständigt. Wenn nach dem von ihnen ausgearbeiteten Richtlinienverfahren würde, würde der Wiederaufbau schon ein gut Stück vorwärts gekommen sein. Mit Recht sind Klagen darüber geführt worden, daß deutsche Unternehmungen für den Wiederaufbau der Fischerei durchaus mangelhafte Fahrzeuge geliefert haben. Eine Reihe von Fischereifahrern erwies sich als völlig unbrauchbar. Sie mußten anderweitig verkauft und anderweitig verwendet werden. Den Fischereigenossen hat man Zahlungsbedingungen gestellt, die sie nicht erfüllen konnten. Es werden also trotz aller Verhandlungen und trotz der Verständigung, von der der Staatssekretär sprach, die Genossenschaften nicht zu Fahrzeugen kommen, diese vielmehr an die Großunternehmer vergeben werden. Wir möchten dringend erfragen, daß mit dem Wiederaufbau ernst gemacht wird. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei verlangt von dem Ministerium, daß es keine Tätigkeit nicht einstellt auf die Interessen des Kapitalismus, sondern auf die Interessen der Allgemeinheit. Dann wird sehr bald praktische Wiederaufbauarbeit geleistet werden können. (Beifall bei den U.S.P.)

Abg. Deermann (D. Bp.): Das Liquidationsgesetz, wie es im Referentenentwurf vorliegt, muß den Mittelstand auf das Äußerste treffen. Der Instanzweg zum Wiederaufbauministerium muß endlich vereinfacht, bürokratisiert werden.

Abg. Baverzegg (Dn.): Die Zustände in den früheren deutschen Kolonien unter der sogenannten Mandatsverwaltung sind geradezu skandalös. An Stelle der versprochenen „freien und gerechten Schlichtung“ ist ein direkter Raub getreten. Die amtlichen Kolonialberichte der Engländer und Franzosen verdrängen sich zu einer einzigen Anlage gegen das Mandatsystem. In der Bevölkerung herrscht der Wunsch, daß die letzten glänzenden Zustände unter der deutschen Herrschaft wieder zurückkehren mögen. In Deutsch-Südwestafrika ist es verboten, an den Schulen in deutscher Sprache zu unterrichten. In Deutsch-Ostafrika müssen die Bahnhöfe wegen Verkehrsmangel geschlossen werden.

Abg. Frölich (Komm.): Das eigenartige Tagesthema hätte die Abänderung des Wiesbadener Abkommens sein müssen. Nur Unionisten können solche Hoffnungen wie Rathenau auf das Sachleistungsabkommen setzen. Selbst, wenn am Ende das eintreffen sollte, was Rathenau erhofft, so ist indessen die deutsche, wie die Weltwirtschaft, zerrüttet, das Elend der Arbeiter bis ins Unermessliche gestiegen. Wir müssen auf eine Änderung des Abkommens bestehen, aber eine solche Änderung kann nur getroffen werden, wenn in Deutschland eine Arbeiterregierung das Heft in den Händen hat.

Hierauf wird eine Entschließung angenommen, derzufolge auch die Umstellung des Reichsministeriums für Wiederaufbau geprüft werden soll. Beim Kapitel 8 bemerkt

Abg. Jand (S. Bp.): Bei dem Abkommen von Wiesbaden wurde wenigstens der sogenannte Beirat gehört. Bei dem jetzigen

Abkommen wurde der Beirat überhaupt nicht zusammenberufen. Das Handwerk verlangt, daß es bei allen Verhandlungen so beteiligt wird, wie es der Leistungsfähigkeit des deutschen Handwerks entspricht. Nach der Absicht des Wiederaufbauministeriums soll das Handwerk, wie wir verlangen, daß diese Voraussetzungen beibehalten werden.

Staatssekretär Müller: Es sind darüber Verhandlungen im Gange und ich hoffe, daß die Frage der Kreditbewilligung für das Handwerk in befriedigender Weise erledigt wird.

Hierauf werden die übrigen Kapitel des Haushalts des Reichsministeriums für Wiederaufbau ohne Debatte genehmigt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am Donnerstag, den 9. März, abzuhalten und auf die Tagesordnung den Gesetzentwurf betreffend Verwendung der Wariegebordnungen und das Branntweinmonopolgesetz zu setzen. Die Abgeordneten Schulz-Bromberg (Dn.) und Jasp (D. Bp.) protestieren dagegen, daß das Branntweinmonopolgesetz vorweg erledigt wird. Es stehe so eng mit den übrigen Steuerangelegenheiten im Zusammenhang, daß es auch damit im Zusammenhang erledigt werden müsse. — Nachdem Abg. Marx (Ztr.) für den Vorschlag des Präsidenten gesprochen, nimmt der

Reichstanzler Dr. Wirth

das Wort und fordert, daß das Branntweinmonopolgesetz auf die Tagesordnung gesetzt werde. Es sei dringend nötig, endlich mit der Beratung der Steuerangelegenheiten zu beginnen. Wenn wir schon in den lauren April heißen müssen, und es ist tatsächlich ein lauter April, so müßten wir uns klar sein, die Steuerentwürfe rasch zu erledigen, nach dem sie monatlich vorbereitet sind. Mir erscheint es geradezu als eine außenpolitische Notwendigkeit.

Jetzt endlich muß über das Steuerkompromiß die politische Entscheidung fallen.

Sie ist reif und kann auf sachlich mittlerer Linie gefunden werden. Wenn wir den Reichstag um eine Woche vertagen, so würde ich darin einen politischen Fehler sehen. Wir werden eine politische gute Tat tun, bereits am Donnerstag in die Erörterungen einzutreten, alle Beratungen des Stats in den Hintergrund treten zu lassen vor dem großen Gesetzgebungswort, wollen wir vor dem Auslande ernst genommen werden, und wir wollen ernst genommen sein.

Abg. Wels (S. P. D.) tritt ebenfalls für den Vorschlag des Präsidenten ein, während Abg. Schulz-Bromberg meint, solange die Entscheidung über das Steuerkompromiß nicht gefallen sei, sei es unmöglich, über irgendein Steuerprojekt zu beraten.

Abg. Koenen (Komm.) bemerkt den Vorschlag des Präsidenten, weil das Branntweinmonopolgesetz eine indirekte Steuer darstelle, er müsse verlangen, daß zunächst die Bestimmungen erledigt werden. Abg. Levi (R. A. G.) hält es für weit wichtiger, daß zunächst einmal die Steuerentwürfe erledigt werden. Gegenwärtig würde über das Steuerkompromiß in außerparlamentarischer Kommission gehandelt, es sei notwendig, sie ans Tageslicht zu ziehen.

In der Abstimmung werden alle Änderungsanträge abgelehnt und der Vorschlag des Präsidenten angenommen. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 9. März.

Die Beisitzer der Arbeitsnachweise

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde am Sonnabend über die Wahl der Beisitzer zu den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsnachweise folgender Beschluß gefaßt: Die Beisitzer werden von der Errichtungsgemeinde, bei gemeinsamen Arbeitsnachweisen von der Verwaltungsgemeinde nach Benehmen mit den anderen Errichtungsgemeinden bestellt. Sie sind dabei an Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebunden, die durch öffentliche Bekanntmachung der Errichtungsgemeinde einzufordern sind. Für die Bestellung ist die Reihenfolge in jeder Vorschlagsliste maßgebend. Bei mehreren Vorschlagslisten ist die Zahl der zu bestellenden Arbeitgeberbeisitzer nach der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, der Arbeitnehmerbeisitzer nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl der vorschlagenden Vereinigungen, in beiden Fällen unter Billigung der Errichtungsgemeinde von mindestens zwei auf die zugelassenen Vorschlagslisten zu verteilen. — Gegen diese Entscheidung ist, wenn es sich um eine Beschwerde wegen Nichtzulassung einer Vorschlagsliste handelt, Berufung bei der obersten Landesbehörde zulässig, die dann endgültig entscheidet. — Ein demokratischer Antrag auf Bestätigung der Landesämter wurde abgelehnt. Ein Antrag des Abg. Köster (Soz.), die Stadt Berlin als Landesamt zuzulassen, wurde vom Antragsteller auf die Regierungsklärung hin zurückgezogen, daß an dem gegenwärtigen Zustande nichts geändert werden solle.

Die Teuerung im Februar

Die Teuerung hat im Monat Februar stark zugenommen. Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Kosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnet wird, ist vom Januar zum Februar von 1646 auf 1989, also um 349 Punkte oder 21,3 v. H. gestiegen. Verglichen mit dem Stand vor einem Jahre (Februar 1921) bedeutet dies eine Verteuerung der erwähnten vier Lebensbedürfnisse um 128,8 v. H. Die Kosten der Lebenshaltung haben sich also seitdem weit mehr als verdoppelt.

Zu der Verteuerung im Monat Februar tragen vor allem die Erhöhung der Preise für Lebensmittel bei, deren Indexziffer von 2219 im Januar um 231 v. H. auf 2727 gestiegen ist. Außer Speisefleisch, deren Preise sich teilweise etwas ermäßigen konnten, wurden alle Lebensmittel viel teurer. Besonders stark zogen die Preise für Kartoffeln und Gemüse an, da die lange Kälteperiode und die zu Beginn des Monats ungünstigen Verkehrsverhältnisse die Teuerung für diese Lebensmittel sehr verschärfen. Inzwischen sind diese Preise ebenso wie für Eier etwas zurückgegangen. Die Mitte des Monats eingetretene Preispreiserhöhung kommt in den Indexziffern für Februar erst zur Hälfte zum Ausdruck. Auch die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und die Wohnungsmiete haben sich weiter gesteigert. Die Aufwärtsbewegung der Preise war, wie im Vormonat, innerhalb des Reiches nicht einheitlich.

Preussische Forstverwaltung

Der Hauptauschuss des Landtages legte gestern die Beratungen des Forstetats fort. In der Einzelberatung wurden von sozialistischer Seite Beschwerden über rücksichtsloses Vorgehen von Oberförstern gegen die Arbeiterklasse kritisiert und verlangt, daß solche schiefen Maßnahmen von länger als zwanzig Jahren in der Forst beschäftigten Arbeitern wegen ihrer Organisationsunfähigkeit unterbleiben. Die dem Verhalten Einzelreaktionärer Oberförster muß die Forstverwaltung scharf entgegengetreten, was der Minister auch zusagte. Ein Antrag von kommunistischer Seite, der die rücksichtslose Entfremdung solcher Beamten fordert, wurde darauf angenommen. Die von unserer Fraktion gestellten Anträge betreffend Ueberführung der Privatforsten in Staatsbesitz sowie die Errichtung von Schneidemühlen wurde abgelehnt.

Genosse Klauener wies nochmals auf die Not breiter Volksschichten hin, denen es unmöglich sei, die hohen Holzpreise zu zahlen. Darauf wurden unsere Anträge, den Gemeinden Brennholz aus den Staatsforsten zur Verteilung an Kinderbewerksamte zu überlassen und die gewerkschaftlichen Organisationen bei der Verteilung hinzuzuziehen, angenom-

men, ebenso die Sammlung von Beeren, Pilzen, Heiligkraut u. d. g. für Kinderbewerksamte zu gestatten. Des weiteren wird sich eine Kommission, die am nächsten Montag tagt, mit den Wünschen der Förster zu befassen haben.

Unfall und Invalidenversicherung

Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. hat zwei Anträge in Reichstagsrat eingebracht, die eine verlangte Aufbesserung der Unterstützung an Rentempfänger aus der Invaliden- und Angefallenenversicherung. Es wird beantragt, die Sätze von 3000 Mark für Invaliden, 2100 Mark für Witwen und 1200 Mark für Waisen zu verdoppeln, die Kinderzulagen von 500 Mark auf 2400 Mark, das sind die Sätze der Waisenunterstützung, die jetzt beantragt werden, festzusetzen. Die Anrechnung des Arbeitsverdienstes, sowie von anderen Renten u. s. w. soll in Fortfall kommen. Zur Unfallversicherung wird die Heraushebung der sogenannten Drittelsgrenze von 10 200 Mark auf 55 000 Mark verlangt. Die Grenze der Versicherungsspflicht für Angestellte u. s. w. soll von 40 000 auf 100 000 Mark heraufgesetzt werden. Hoffentlich werden diese Anträge noch vor der Ostervertretung des Reichstages behandelt.

Das Schicksal der englischen Koalition

London, 4. März.

Der Korrespondent der „Dena“ drahtet um 3 Uhr nachmittags: Die Spannung der politischen Kräfte hat von gestern auf heute nur noch eine Steigerung erfahren. Die Besprechungen, die gestern abend hinter den Kulissen stattgefunden haben, brachten noch keine Klarung in die verworrene Lage. Das Schicksal des Kabinetts Lloyd George wird sich morgen in Chamberlains und Kinnock in der Besprechung der Unionisten entscheiden. Morgen tritt auf dem Landtag Lloyd Georges das Kabinett zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen, und am Montag werden die Unionisten über ihre Haltung Beschlüsse fassen. Daß das Kabinett sich einmütig hinter Lloyd George stellt, ist sicher. Sollten aber auch die Unionisten sich ihrerseits geschlossen hinter Sir George Younger stellen, so ist die Krise unermesslich. Für diesen Fall rechnet man mit Bestimmtheit auf die Demission der Regierung.

Chamberlain besprach in seiner Oxford-Rede auch die auswärtige Politik und sagte, England habe eine klar umschriebene Politik, die darin bestehe, seine Freundschaft mit seinen bisherigen Verbündeten zu erhalten und zu festigen und im besonderen Europa Sicherheit und eine neue Friedensgewähr zu geben durch ein Bündnis mit Frankreich und Belgien zur Verteidigung der gemeinsamen Interessen gegen unvermeidliche Angriffe. Chamberlain fuhr fort: Wir legen Wert auf dieses Bündnis und empfehlen es, nicht nur, weil es an sich das Richtige ist, sondern weil es unserer Ansicht nach diesen Ländern eine Sicherheit gibt, welche gerade die Grundlage für eine gemäßigte und vernünftige Behandlung unserer geschlagenen Feinde ist, die zur Rehabilitierung Europas und zur Wiederherstellung der europäischen Wohlfahrt notwendig ist. In allen diesen Fragen werden die Nationalen Liberalen Schulters an Schulter mit uns kämpfen. In allen diesen Fragen bekämpft die Arbeiterpartei unsere Politik. Wenn Großbritannien jögert oder straubelt, wenn zur Ungewißheit über die Politik anderer Regierungen noch die Unsicherheit über die Politik der britischen Regierung kommt, wenn die Regierung Großbritanniens der Gnade einzelner Gruppen preisgegeben ist, dann verlieren wir unsere Stellung, und mit unserem Ruin geht auch Europa zu Grunde.

Drei interalliierte Konferenzen

Genève, 4. März.

In der kommenden Woche werden drei interalliierte Konferenzen tagen: Die erste am 8. März in Paris, an der die Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs und Italiens teilnehmen sollen. Es wird sich hierbei darum handeln, die durch die Demission Briand's in Cannes abgebrochenen Verhandlungen über die Reparationsfrage wieder aufzunehmen. Im einzelnen betreffen die Beratungen die Verteilung der von Deutschland geleisteten Zahlungen und das Wiesbadener Abkommen, dem die endgültige Form gegeben werden soll, ferner die Beschlüsse der Finanzministerkonferenz vom 13. August 1921, die endlich zur Durchführung gebracht werden sollen, und schließlich die Frage der Befreiung von Steuern. Sodann wird der Beschlusses gefaßt werden, die Denkschrift der deutschen Regierung vom 28. Januar der Reparationskommission zur Behandlung zu überweisen, die die Zahlungen Deutschlands in Geld und in Naturalien für das Jahr 1922 festsetzen und ferner der deutschen Regierung ihre Beschlüsse wegen der vorzunehmenden Finanzreformen bekanntgeben soll.

Die zweite interalliierte Konferenz wird die der Sachverständigen sein, die das Programm für die Konferenz von Genua festsetzen sollen. Sie wird am 13. März in London beginnen. Etwa um dieselbe Zeit, zwischen dem 13. und dem 15. März wird die Konferenz der Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens in Paris tagen, deren Aufgabe es sein wird, Mittel und Wege zu suchen, um den griechisch-türkischen Krieg zu beenden.

Die Kleine Entente und Genua

Prag, 4. März.

Die „Prager Presse“ schreibt über die Konferenz von Preburg: Es kann gesagt werden, daß die vorbereitenden Arbeiten für Genua, deren Schauplatz Preburg war und übermorgen Belgrad sein wird, den Kreis der Kleinen Entente immer enger und fester schließen, und es ist die Hoffnung durchaus begründet, daß namentlich den Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien im Laufe der weiteren Entwicklung der Ereignisse ein noch festerer und dauerhafter Charakter gegeben wird. Die erzielte Einigkeit hat europäische Bedeutung, da sie mit der in Boulogne erzielten Einigkeit zwischen England und Frankreich eng verknüpft ist.

Kriegsverletzten-Fürsorge

Genève, 4. März.

Die Sachverständigenkommission zum Studium der Fragen, die für die Kriegsverletzten besonderes Interesse haben, hat am Freitag nach einer längeren Erörterung der Bestände in den verschiedenen Ländern Beschlüsse, die verschiedenen Bestrebungen zur Wiedergewinnung der Verluste der Kriegsverletzten international zusammenzufassen, um so am besten die Arbeitsfähigkeit der Kriegsverletzten zu fördern. Zu diesem Zweck soll ein internationales wissenschaftliches Forschungsinstitut unter Mitwirkung der bereits bestehenden Organisationen geschaffen werden. Dieses Institut erhält den Auftrag, eine Zeitschrift zur Verbreitung ihrer Fortschritte auf dem Gebiete der künstlichen Gliedmaßen und der Orthopädie zu gründen. Die Konferenz hat nach Anhörung der Vertreter der verschiedenen Teilorganisationen beschlossen, daß das internationale Arbeitsamt ein Bureau gründet und vom Verwaltungsrat die Genehmigung dazu einholen soll.

Die Schreckensammer der Kaiserei

Ein Gang durch das Zeughaus

Unter den Linden, gegenüber der ehemaligen Kommandantur und unweit vom Schloß, in dem Wilhelm II. regierte und Deutschland langsam, aber sicher ruinierte, liegt das Zeughaus, ein vier-eckiger Steinbaukasten von ganz gehörigen Dimensionen. Auf dem weiten, breiten Dache stehen ringsum allerlei Wappen aus Stein und Stuck, Helme von phantastischen Formen und eine Menge anderer symbolischer Zeichen, für die man einen kundigen Deuter braucht, um zu begreifen, was sie vorstellen sollen. Rechts und links vom Eingang hat man ein paar überlebensgroße Figuren hingestellt, die wohl den Krieg und das Kriegsgewerbe symbolisieren sollen, die aber auch anders heißen können. Doch das ist ja alles sehr gleichgültig. Auf dem Landwehrkanal aber, an der Seite des Zeughauses, wird in einem großen und überdachten Eyecar der „größte Walfisch der Welt“ gezeigt.

O Berlin, wie bist du schön! Wer den größten Walfisch der Welt sehen will, muß eine deutsche Reichsmark diehen, der Eintritt in das Zeughaus kostet an zwei Tagen in der Woche zwei Mark, am Sonnabend fünf Mark, an den übrigen Wochentagen braucht man gar nichts zu bezahlen. Und dafür wird soviel geboten, daß einem die Augen übergehen und man mitten im andächtigen Schauen aller dieser Schätze und Schönheiten weiß Gott und wahrhaftig ganz vergißt, im Jahr 1922 zu leben.

Um einen Lichthof gruppiert ist ein sehr geräumiges Erdgesch. Da sieht man zunächst mal Kanonen, sehr viel Kanonen, aus allen Jahrhunderten Kanonen. Die Röhre sein ziselierter und lancelierter, und haben doch Tod und Verderben gepfeifen trotz aller Feinesen und Feinheiten, mit denen man sie ausgeputzt hat. Eine unendliche Menge anderer Wodwerkzeuge reihen sich würdig an. Maschinengewehre aller Systeme, Gewehre aus allen Zeitaltern, Säbel der verschiedenartigsten Formen und Größen. Und an einer Stelle im Erdgesch., da hängt hoch oben über all den Kanonen und Gewehren ein seltsames Etwas, das einen Kronleuchter vorstellen soll. Dieser eigenartige Kronleuchter ist zusammengesetzt aus lauter breiten und geschweiften Kavalleriesäbeln. Der obere Rand aber wird gebildet durch Revolver mit Kolben und Schloß nach unten, und die emporstehenden blanken Läufe sollen die Lichter an diesem Kronleuchter vortäuschen. Wirklich sehr gut und sehr geschmackvoll! Die Arbeit kann nur ein großer Künstler gefertigt haben. Schade, daß man seinen Namen nicht erfährt, um ihn gebührend an den Pranger stellen zu können. Weiter sind im Erdgesch. alle und zerlegte Fahnen, eine Unmenge Schränke mit Uniformen aller Zeiten, Flugzeuge und Modelle von Ballons, Munition und Helme.

Im Lichthof, also S. M. seinerzeit alljährlich am Reichstags die Parole abzugeben pflegten, stehen nur ein paar moderne Geschütze aus diesem Kriege, bunt bemalt, zum Schau gegen Fliegerstaffeln. Oben an der Decke unter der Glasstoppel hängen sehr viele Fahnen, blau und bräunlich, die demnächst wie Zunder, zusammenfallen werden. Aus diesem Lichthof führen zwei breite Treppen, an deren Fuß eine feinerne Frauensperson steht, die sehr hochmütig dreinschaut, und gewiß etwas Herrliches bedeuten soll, zur Ruhmeshalle. Diese Ruhmeshalle aber ist das Kostbarste im Zeughaus, nur etwas für Kenner, und Feinschmecker.

Da stehen zunächst mal auf hohen, hölzernen Bideestaten die Wästen sämtlicher preussischen Könige und noch von ein paar Kaiserfüßen dazu. An den Wänden hängen schaurig-schöne Schlachtenbilder. Ein ganzes Meer von Öl und Farbe ist draus verschmiert. Da ist zum Beispiel eine Szene aus einer Schlacht. Soldaten stürmen, andere stürzen, zu Tode getroffen, Generale auf starken, kolben Rossen, die die Säbel wild schwingen (ich meine natürlich die Generale und nicht die Rösser), sich tüchtig im Hintergrund halten und aus voller Brust zu schreien scheinen: „Jammerrufe drüß, Jammerrufe!“ Rein, wirklich, das Herz weitet sich, einem, wenn man so was Bedeutes sieht und man möchte ganz laut: Hurrah! Hurrah! Hurrah! schreien, wenn man sich nicht über diese blamablen Dinge, ach, so sehr schämen möchte. Dazu ist in dem Raum, in dem diese Wästen stehen und die gewaltigen „Schinken“ die Wände verzieren, ein gedämpftes Licht, so geheimnisvoll wie in einem Märchen. Ein Märchen freilich, das von Rot und Tod und Blut und Wunden erzählt, ein graufames Märchen, das rohe Menschen noch durch Wieder verherrlicht haben und verherrlichen bis auf den heutigen Tag!

Dann erblickt man in dieser sogenannten Ruhmeshalle — der Name Schreckensammer wäre richtiger — noch eine ganz besondere Rarität. Sämtliche Orden Wilhelms I., eingeteilt in Friedens- und Kriegsorden. Der alte Herr war bekanntlich ein gewaltiger Hauden vor dem Herrn und sein Mut dokumentierte sich zur Genüge dadurch, daß er 1848 vor der Wut des Volkes nach England ausstüß! Im Kriege 1870/71 ist er nur immer so vor seinen Truppen hergestürzt mit „Hurrah!“ und „Pan und rin in den Feind!“ Ja, die Hohenzollern sind halt

tappere Leute. Kein Wunder, daß der Enkel W. II. es dem Großvater nachmachte und nach Holland ausstrahlte!

Wenn man diesen Krimstrans betrachlet, kommt einem unwillkürlich der Gedanke: ein Glück, daß Wilhelm II. nicht auch noch seine tausend Orden dem Zeughaus geschenkt hat, denn dann müßte ein Anbau gemacht werden. Auf den Kästen mit den Orden steht eine hohe, silberne Ehrensäule, gekrönt von der Siegesgöttin, die 1867 von den Offizieren der Armee Wilhelm I. geschenkt worden ist. Ferner erblickt man Ritter mit Panzer und gepanzerte Rosse, Hellebarde und seltsam geformte Witen und ähnliches Gerät, höchst nützlich, um Menschen zerfleischen und ihnen die Gedärme aus dem Leib zu reißen. In einer Ecke steht ein prunkvolles Zelt, in dem Napoleon I. gehaust hat. Schließlich aber wundert man sich, wenn dann schon einmal alles, was Lob und Vernichtung bringt, verherrlicht werden soll, daß man aus Wilbern, oder in Nachbildungen nichts davon erfährt, wie der gemeine Soldat so im Krieg und im Feld hauste, in Schlamm und Dreck, verlastet und verwahrloßt. Aber so etwas zu zeigen, ist den hohen Herrschaften, die diese Ausstellung arrangiert haben, natürlich zu genehmlich.

Man wandert durch das Zeughaus und wundert sich, wie es möglich ist, daß aller dieser Plunder, diese Raritäten und dieses Gerümpel noch heute prozig als Ausstellung paradiert, die noch dazu der Republik ein ganz anständiges Stück Geld kostet. „Nie wieder Krieg“ lautet der Ruf der Menschlichkeit, die nicht wollen, daß wieder die Nordsee wütet in der Welt. Und hier im Zeughaus werden alle die mannigfaltigsten und grauamsten Wodwerkzeuge pietätvoll aufbewahrt, Nord und Loischlag verherrlicht.

Man hat gesagt, um die Massen abzuschrecken, um ihnen zu zeigen, wie entlich Krieg und Kriegsnot sind, werden Waffen und Munition aufbewahrt und ausgestellt. Diese Behauptung ist ein aufgelegter Uninn. Wer sich vom Nord mit Abscheu wendet, wird sich auch nicht die Wodwerkzeuge anschauen wollen, und ein solcher Mensch braucht auch nicht besonders abgedrückt zu werden. Der rohe Mensch aber, der Blut- und Beutegierige, wird durch eine solche Schau in seinen niedrigsten Instinkten ermuntert und bestärkt. Er wird begeistert vor allen diesen Wodwerkzeugen stehen und seiner Brust wird es sich wie ein Stohseufzer entringen — nicht etwa: „Nie wieder Krieg!“, sondern: „Es lebe der nächste Krieg!“

Daß die Sammlungen im Zeughaus so gedeutet und ausgebeutet werden, kann man am besten daran erkennen, daß neuerdings fast Tag für Tag Schultänder klassenweise von den Lehrern in das Zeughaus geführt werden. Hier halten die Lehrer den Kindern „patriotische“ Vorträge, und die jungen Gehirne werden dadurch auf das schändlichste verwirrt. Es ist hoch an der Zeit, daß diesem schamlosen Uninn gesteuert werde. Eltern oder sollten unter keinen Umständen gestatten, daß ihre Kinder in das Zeughaus geführt werden und ihre Phantasie durch alle diese Bilder und Abbildungen beschnitten werde. Lieber sollten die Lehrer den Kindern den größten Walfisch der Welt zeigen, der für eine Mark neben dem Zeughaus zu sehen ist.

Man muß auch heute die Beobachtung machen, daß das Zeughaus sehr stark besucht wird. Im tiefsten Frieden, als jeder nur an seine Arbeit und an seinen Beruf, nicht aber an Krieg und Nord dachte, verirren sich höchstens im Sommer ein paar Fremde in das Zeughaus. Heute aber, wo durch den letzten Krieg noch immer die schamlosen Instinkte bei vielen oben sind, gehen sehr viele Menschen in das Zeughaus, das ihrer ausschweifenden, blutigen Phantasie nur immer noch neue Nahrung bietet.

Vor einiger Zeit wurde Castans Panoptikum auf Abbruch verkauft. Alle die vielen moitenzerreiffenen Puppen, die Kaiser, Könige, Fürsten, Prinzen, Potentaten, die Raubmörder und anderes Gesindel brachten in der Auktion ein köstliches Stück Geld. Ich schlage vor, daß die Republik es mit den Schätzen des Zeughauses ebenso macht. Gegen den Verkauf der Waffen dürfte die Entente nichts einzuwenden haben, da sie unbrauchbar sind und Schäden heute nicht mehr stiften können. Der Erlös aber wird über mehrere Millionen betragen, die die letzte Kasse der Republik auf das beste gebrauchen kann. Das von den Kartäulen und dem Gerümpel gründlich geräumte Haus jedoch könnte auf das glücklichste zu Wohnzwecken umgebaut werden. P. P.

Gegen die Verbauung des Tempelhofer Feldes hat unsere Reichsführer Parteiorganisation eine Protestkundgebung eingeleitet, die sicher auch die Aufmerksamkeit und Anteilnahme des gesamten Berliner Südens finden wird. Die Eisenbahnerverwaltung steht mit dem Militärstützpunkt in leider schon recht weit vorgeschrittenen Verhandlungen mit dem Ziele, auf dem an Neukölln angrenzenden Teile des Tempelhofer Feldes einen Beschiebebahnhof und Industrieanlagen zu errichten. Selbst der vor etwa 10 Jahren geschaffene Parkfreifen, der sich recht gut entwickelt hat, soll diesen Plänen zum Opfer fallen. Nachdem ein von unserer Neuköllner Fraktion in der dortigen Bezirks-Versamm-

lung eingebrachter Antrag, der einstimmig angenommen wurde, den Magistrat und die sonstigen Behörden auf die Gefahr aufmerksam gemacht hat, wird jetzt am Dienstag, den 7. d. M., abends 7 Uhr, im großen Saale von Kriem, Hafendeide, eine öffentliche Protestversammlung stattfinden. Hoffentlich zeigt der Massenbesuch dieser Versammlung den zuständigen Stellen, daß die Bevölkerung Neuköllns und des Südens nicht gewillt ist, ihre Pläne bezüglich der Schaffung von Spiel- und Sportplätzen, sowie Parkanlagen aufzugeben.

Jugendweibe

Die Arbeiter-Bildungsschule veranstaltet auch diesmal Feiern für die schulentlassenen Kinder im Großen Schauspielhaus. Wie immer, so werden auch diese der Arbeiterklasse würdige Feiern werden. Ahtshundert Kinder sind bereits vorgemerkt, die an drei Sonntagen an den Feiern teilnehmen. Den Eltern der gemeldeten Kinder sind jetzt die Jugendweibe-Scheine zugestellt worden. Diejenigen, die gemeldet sind und den Schein noch nicht erhalten haben, werden gebeten, noch einmal in unserem Bureau Rückfrage zu halten.

Die Feiern finden dieses Mal statt für Süden-Osten und Norden bis zur Schönhauser Allee am 12. März, für den übrigen Teil des Nordens-Geländbrunnen-Wedding am 19. März, für Koalitz-Charlottenburg und die Vororte am 26. März. Die Feiern beginnen vormittags 11 Uhr pünktlich. Die Kinder, die die Jugendweibe erhalten, kommen eine Stunde früher — um 10 Uhr — und benutzen den Eingang vom Schiffbauerdamm.

Alle, die an der Feier teilnehmen wollen, müssen sich vorher Eintrittskarten lösen. Der Preis beträgt für Erwachsene 5 Mark und für Kinder 2 Mark. Für die Eltern der an der Jugendweibe beteiligten Kinder sind Vorkugplätze reserviert. Die Eintrittskarten sind zu haben im Bureau der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/d, von nachmittags 2 bis 5 Uhr, in den Schulen, wo der Vorbereitungsunterricht erteilt wird, und an den Stellen, wo die Anmeldungen erfolgen sind. Eine Anzahl Karten sind für nichtbeteiligte Gäste vorgeesehen. Die Vorkugkarten für die Eltern müssen spätestens 8 Tage vor der Feier abgeholt sein.

Zur Erinnerung an die Feier wird den an der Jugendweibe beteiligten Kindern das eigens für diesen Zweck von Rudolf Schwarztopf herausgegebene und von Hans Baluschek mit Zeichnungen geschmückte Buch „Die Schwelle“ überreicht.

Ablieferung der Steuermarken für 1921

Die Steuerarten und losen Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einkommen und Erwerben von Steuermarken verwendet worden sind, müssen, so heißt es in einer Bekanntmachung im Anzeigenteil unserer heutigen Ausgabe, von den Arbeitnehmern innerhalb des Monats März bei der für sie zuständigen Annahmestelle abgegeben werden. Die Arbeitgeber haben durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen die Arbeitnehmer auf die Markenablieferungsfrist hinzuweisen. Die Annahmestellen werden durch Säulenanschlagn bezirkweise bekanntgegeben. Bei der Ablieferung der Marken ist das Steuerbuch für 1922 vorzulegen. Die darauf angegebene Stadtbezirksnummer ist maßgebend für die Zuständigkeit der Annahmestelle. Die abgelieferten Steuermarken, die für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 geleistet worden sind, werden auf die für das Rechnungsjahr 1921 zu entrichtende Steuer angerechnet. Die Einklieferung kann gemäß § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden.

Die Uhr von Rosa Luxemburg

Bei der Ermordung Rosa Luxemburgs am 15. Januar 1919 ist bekanntlich deren goldene Uhr verschwunden. Am 24. Februar 1921 bot nun der Oberleutnant Bracht auf der Redaktion der „Roten Fahne“ diese Uhr zum Kaufe an und erzählte dabei, daß der Leutnant a. D. Krüll die Uhr zusammen mit Bildern und Postkarten aus der Wohnung Rosa Luxemburgs bei einer von ihm vorgenommenen Durchsuchung herausgeholt hätte, und zwar einige Zeit vor dem Tode von Rosa Luxemburg. Der vom Rechtsanwalt Bahn vertretene Leutnant a. D. Krüll bestreitet, einen Diebstahl an der Uhr verübt zu haben; er will erst im Edenhotel in ihren Besitz gelangt sein und zwar anlässlich der Verhaftung und späteren Lösung Frau Luxemburgs. Nach seiner Behauptung soll die Uhr durch verschiedene Hände gegangen und schließlich an ihn gelangt sein; er

Frühjahrs-Neuheiten

<h3>Kleiderstoffe</h3> <ul style="list-style-type: none"> Blusenstoffe in neuzeitigen Farben u. Streifen, 70 cm, Mtr. 39.- Reinwoll. Schotten für Kinderkleider, doppeltbr. 79.- Bordürenstoffe für Röcke und Kleider in modern. Farben, 105 cm, Mtr. 108.- Reinw. Kammgarnserge in viel. Farben, 105 cm Mtr. 129.- Reinw. Kleiderstoffe in römischen Streifen und Karos, 105 cm, Mtr. 168.- 	<h3>Herrenkleidung</h3> <ul style="list-style-type: none"> Frühjahrs-Anzug einreihige flotte Form 1350.- Sommer-Paletot aus gutem Marengostoff 1475.- Frühjahrs-Ulster in modern. Noppenstoffen 1950.- Gabardin-Mantel flotte Form, imprägniert 1750.- Gummi-Mantel..... 490.- Herrenstoffe in groß. Auswahl 	<h3>Damenkleidung</h3> <ul style="list-style-type: none"> Jumper aus Trikot, in verschiedenen Farben .. 298.- Kleid aus vorzügl. reinwoll. Stoff mit Stickerei 450.- Kleid aus reinwoll. Trikot 745.- Kleid a. Crêpe Marocain 1275.- Regenmantel aus imprägniertem Stoff..... 595.- Mantel aus Covertcoat... 850.- 	
<h3>Waschstoffe</h3> <ul style="list-style-type: none"> Tennisstoffe für Blusen u. Hemden in Streifenmuster. Mtr. 26.- Zephir in neuest. Karos für Dirndkleider u. Blusen, Mtr. 32.- Bedruckt. Voll-Voile in neuesten Mustern, Mtr. 65.- 	<h3>Handschuhe</h3> <ul style="list-style-type: none"> Damen-Handschuhe mit 2 Druckknöpfen Leinen-Nachahmung farbig 19.- Leder-Nachahmung schwedisch, farbig..... 21.- Rollsfor, farbig..... 29.- Reinseide-Milanesa mit doppelt. Fingerspitzen, weiß 39.- Herren-Handschuhe Schwedischleder-Nachahm. od. Reinsfor, farbig mit 1 Druckknopf... 31.50 	<h3>Damen-Hüte</h3> <ul style="list-style-type: none"> Hut aus Strohborste genäht, mit Borte garniert 98.- Matelot mit Rippe-Band u. Schleife garniert 125.- Trikot-Hut farbig garn. 175.- Leder-Hut mit farbigem Ledergarnier. 398.- Kunstseidenes Band für Hüte in vielen Farben 5cm 9.50 7cm 13.50 10cm 18.50 Mtr. Mtr. Mtr. Gitterschleier abgepaßt m. Kurbelri 14.50 	
<h3>Rouleaux-Stoffe</h3> <ul style="list-style-type: none"> creme od. gold Br. 80 100 130 cm Doppelkörper Mtr. 45.- 55.- 70.- Damaat..... Mtr. 50.- 60.- 75.- 	<h3>Besuchstasche</h3> <ul style="list-style-type: none"> aus schwarzem Leder, mit Spiegel..... 56.- 	<h3>Weicher Herrenhut</h3> <ul style="list-style-type: none"> in modernen Formen und Farben 89.- 	
<h3>Sportwolle</h3> <ul style="list-style-type: none"> für Jumper und Jacken. . 50 Gr. 23.50 33.50 Stricknadeln (aus Holz) Paar 1.- 1.50 			<h3>Kleid aus reinwoll. Stoff</h3> <ul style="list-style-type: none"> mit apertem Gürtel, Arnel aus Crêpe Georgette und Stahl-Points 1950.-

GEGRÜNDET 1815 • BERLIN O • KÖNIGSTRASSE • SPANDAUER STRASSE

Gewerkschaftliches

Zwingende Schlüsse!

Um Kriege zu führen, sagt uns eine alte abgedroschene Binsenwahrheit, gehört als erste Voraussetzung recht viel Geld. Auch unsere Gewerkschaften führen jahraus, jahrein wirtschaftliche Kämpfe und sind darauf bedacht, mit finanzieller Munition auszureichen...

Der letzte Kampf der Gemeindefabrikanten, sein Verlauf und Ausgang nötigt uns die folgenden Betrachtungen ab. Die Gemüter, die den Zusammenbruch des Streiks durch „Verrat“ glaubhaft machen wollen, befinden sich in einer argen Selbsttäuschung...

Wenn von einem Kampf gesagt werden kann, daß er mit der Stunde des Ausbruchs schon verloren war, bei dem alle gewerkschaftlichen Regeln, Prinzipien und taktische Umsicht vernichtet wurde, so war es diese verunglückte Aktion. Es nützt nichts, die Dinge zu verschleiern. Rücksichtsloses Erkennen tut not, um ähnliche Katastrophen zukünftig zu vermeiden.

All unsern Lesern dürfte die Vorgeschichte bekannt sein, und wir wollen nur kurz folgendes recapitulieren: Solange die Gefahr bestand, daß der städtischen Arbeitnehmerschaft seitens des Magistrats Verschlechterungen aufgedrängt werden sollten, bestand die einmütige Auffassung aller Verbände, daß dieser Anschlag abgewehrt werden müsse. Nach endlosen Verhandlungen wurde unter dem Vorbehalt ein Schiedsspruch gefällt, der den alten Mantelvertrag mit den von den Vertragsparteien selbst getroffenen Abänderungen bis zum 30. 6. 22 verlängerte...

Der Kampf wurde geradezu unter sträflicher Mißachtung aller Streikregeln geführt. Eine vieltöpfige Streikkommission —

etwa 17 — die zusammen nicht solange organisiert waren, wie ein einzelner im mittleren Alter stehender Funktionär, der uns diese Dinge mitteilte, übernahm die Leitung des Kampfes. Beabsichtigt war, erstens die Wasserzufuhr überhaupt nicht abzuschneiden, zweitens den Streikbeginn erst am Montag früh fortzusetzen, drittens gilt als strenge Regel, bei irgendwelchen Kämpfen in allen Betrieben eine Notmannschaft zuzulassen, um die Anlagen im guten Zustand zu erhalten...

Zimmerer! An die Wahlfront!

Zur heutigen Vorstandswahl hat jeder Genosse sein Wahlrecht auszuüben, um den Bestand der Organisation zu sichern. — Darum

Wählt die Liste Amsterdam!

beiterpresse bestand nicht, kurz, dem „unbegründeten und unüberlegten Schritt, der besser unterblieben wäre“, wurde durch die eigene Unfähigkeit die Krone aufgesetzt. Und es kam das dicke Ende, das kommen mußte, das verständige und verantwortungsvolle Gewerkschaftler voraussehen und die deshalb, wie die Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten, rechtzeitig sich dieser ganzen Situation entgegenstemmen und zu retten versuchten, was zu retten war.

Wir gehen mit dieser unserer Darstellung und Stellungnahme konform mit langjährigen, besonnenen Gewerkschaftsführern, wie z. B. dem Bevollmächtigten Dr. Mann des Transportarbeiter-Verbandes, der im Auftrage des Verbandes ein eben erschienenen Aufklärungsflugblatt herausgab, das sich ebenfalls mit dieser Aktion beschäftigte und aus dem wir einiges zitierten. Wenn wir hier diesen Streik rückwärtig betrachten, so mit dem Ziel, die ganz falsche Einstellung der in den Streik Getretenen aufzuzeigen. Damit erledigen sich auch die von einzelnen Ausständigen und — leider — Funktionären des Gemeindearbeiter-Verbandes vorgetragenen schweren Anwürfe gegen die „Verräter“...

Wir schließen uns übrigens den Ausführungen des Flugblattes an, in dem es heißt:

... her an die praktische Gewerkschaftsarbeit auf dem Boden der realen Tatsachen, dann wird auch der Erfolg ein dauernder sein. Der innere und äußere Ausbau der Organisation muß mit allem Fleiß und aller Energie betrieben werden. Große Aufgaben stehen bevor, zu deren Lösung mehr als bisher geleistet werden muß, wenn die gänzliche Vereindung der Arbeiterklasse

nicht zur Tatsache werden soll. Stärkt deshalb unabhängig den Gedanken der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Sorgt für Aufklärung, bann den Zwiespalt in den eigenen Reihen, legt Vertrauen gegen Vertrauen und haltet hoch das Banner der Organisation, dann — aber auch nur dann — werden wir den kommenden Kämpfen gerüstet entgegenstehen können.

Es taucht aber hier die Frage auf, ob die moralische Einwirkung genügt, um künftig Lehnliches zu vermeiden? Diese Frage ist fast mit nein zu beantworten, und weil die gewerkschaftliche Disziplin eine bedenkliche Lockerung erfuhr, die Disziplin aber unter allen Umständen erhalten bleiben muß, ist es notwendig, ausreichende feste Sicherungen zu schaffen. Deshalb unterbreitete die Gewerkschaftskommission der letzten Plenarversammlung Richtlinien, mit denen die morgen tagende Fortsetzung dieser Versammlung sich beschäftigen und sie zweifellos annehmen wird. Bis jetzt wenigstens sind, wie wir von zuständiger Seite erfahren, keine Gegenanträge eingereicht worden. Diese Richtlinien sind die zwingenden Schlüsse, die sich aus der ganzen Situation von selbst ergeben.

Sollte das Fazit des letzten Streiks die Wirkung haben, daß jeder beteiligte und mihmutige Gewerkschaftler bei sich Einkehr hält und die zu schaffenden Sicherungen solche Kämpfe verhüten helfen, dann wird dieser Rückschlag heilsame Wirkung haben und einen Schritt vorwärts bedeuten.

Winkelstellenvermittlung für Betrüger im Gastwirtsgerwerbe

Trotzdem für Berlin durch Demobilisationsverordnung die gewerbmäßige und nichtgewerbliche Stellenvermittlung verboten ist, gibt es immer wieder Leute, die die Finger nicht von diesem angenehmen Gewerbe lassen können. Es gibt doch immer wieder Arbeitgeber, die sich einen besonderen Vorteil davon versprechen, die von ihnen benötigten Arbeitskräfte durch diese Winkelvermittlungen zu beziehen. Was dabei herauskommt, hat der Gastwirt Thimus Charlottenburg, Neue Kanstr. 19, erfahren müssen, der einen Kellner zur Aushilfe beim Interessenverband Berliner Kellner-Fachvereine, Schmidtstr. 21, bestellte. Der von diesem Arbeitsnachweis vermittelte Ehrenmann unterlag 400 Mark der Tageseinnahme und ward nicht mehr gesehen. Jedemfalls sollte dieser Vorfall eine Warnung für die tarifbrüchigen Unternehmer sein und sie veranlassen, künftig den städtischen Arbeitsnachweis für Vermittlung von Personal zu benutzen.

Lohnkampf aller Arbeitnehmer in den Wurstfabriken

Die in den Wurstfabriken Groß-Berlins vertretenen Arbeitnehmerorganisationen hatten den Arbeitgebern Forderungen unterbreitet und verlangt, gemeinsam darüber zu verhandeln. Die Vereinigung der Wurst- und Fleischkonservenfabrikanten hat in der am 28. Februar 1922 stattgefundenen Verhandlung

Zähne 6 u. 9 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Beidubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.

Zahn-Praxis Natvani, Danziger Straße 1.



Seite 1

Wir beginnen die Saison, indem wir Ihnen zwei entzückende Neuheiten vorführen, wie sie dem Charakter der kommenden Mode entsprechen.

Das Kleid aus guter, blauer Twillware gefertigt, mit neuartiger reicher Treppengarnierung. Besonders beachtenswert durch die schmucke Seitenpartie.

Der Mantel aus schöner, weicher Tuchware. Ganz neuartiger Schnitt mit der verlängerten Taille und hohem Schließergürt, sehr apart mit Stickereien verziert.

795.- 795.-



Königstraße 33 Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestraße 113 Beim Stettiner Bahnhof

an die Organisationsstellen des Anstalt, die Tarife für die Arbeiter und Angestellten gesondert zu beraten und abzuschließen. Diese Arbeitserforderung wurde abgelehnt und die Arbeitnehmer haben am 3. März 1922 zu dieser Situation Stellung genommen. Den von Gachler vom Zentralverband der Fleischer und Dohmann vom Zentralverband der Angestellten gegebenen Berichten folgte die Verlesung mit Interesse und alle Diskussionsredner hoben hervor, daß die den Unternehmern unangenehme geschlossene Front aller Arbeitnehmer nie wieder zerfallen darf.

Nachdem festgestellt war, daß die Verhandlungskommission im Interesse der Arbeitnehmer gehandelt hat, nahm die Versammlung eine Resolution einstimmig an, in der mit Entrüstung Kenntnis von den verschleppten Tarifabschlüssen genommen und erklärt wird, daß die gesamte Arbeitnehmerschaft auf den Abschluß der Tarife auch für die Angestellten dringt und fordert, daß innerhalb 48 Stunden erneute Verhandlungen stattfinden zum Zwecke der Regelung der Löhne (Gehälter), sowie der Bestimmungen der Manteltarife. Von den Leitungen der Verbände erwarten die Versammelten spätestens am Dienstag, den 7. März, Berichterstattung.

Sollte dieselbe nicht in annehmbarem Sinne erfolgen, so behält sich die gesamte Arbeitnehmerschaft ihre weiterfolgende Stellungnahme vor und überläßt die Verantwortung der Folgen den Herren Arbeitgebern.

Zentralverband der Fleischer, Deutscher Transportarbeiter-Verband, Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Zentralverband der Angestellten.

USPD-Genossen des Siemens-Konzerns. Am Montag, den 6. März, nachm. 4 1/2 Uhr, findet im Lokal von Warjanst, Siemensstadt Nonnendamm-Allee, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Die 10 Punkte des USPD. Referent: Gen. Bürgermeister Carl Reid. — Partei- und Gewerkschaftsanweisung legitimieren. **USPD-Fraktion.**

Verkauf. Einem Vertrauensmann des Verbandes der Buchbinder ist am Sonnabend, den 25. Februar, abends, in dem Stadtbahnhof zwischen Frankfurter Allee und Hermannstraße ein Paket Mitgliedsbücher der Erwerbslosen-Zuluchklasse verloren gegangen. Da die Bücher für eine zweite Person wertlos sind, wird ersucht, dieselben auf unserem Verbandsbureau, Engelauer 24, II, Zimmer 39/41, abzugeben. Unkosten werden vergütet. Die Ortsverwaltung.

Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten beruft zu Montag, den 6. d. M., abends 7 Uhr, nach der Frauerei Böhm, Brenzlauer Allee 242, eine große öffentliche Bankangestelltenversammlung ein mit der Tagesordnung: „Der Reichstaxi in Gefahr.“ Referenten sind die Herren Marx und Emonts.

Die Frage der Streikposten (Videis) wurde neulich vor dem Obersten Gerichtshof Amerikas verhandelt. Er bemühte sich unter großem Aufwand von juristischen Feinheiten, die Grenze zwischen dem Erlaubten und dem Unerlaubten, nämlich zwischen „Ueberzeugen“ und „Gewalt“ von Seiten der Streikposten so zu ziehen, daß sie im Einzelfall wohl zugunsten des Unternehmers, nie aber zugunsten des Arbeiters ausfallen kann. Was der Oberste Gerichtshof erlaubt, ist die Auffstellung eines Mannes an den Ein- und Ausgängen des Betriebes, wobei dem Mann erlaubt wird, zu beobachten und mit den beschäftigten Arbeitern zu sprechen, solange seine Argumente weder Beschimpfungen noch Drohungen enthalten. Im übrigen wird es den Gerichten überlassen, zu entscheiden, ob eine „Einschüchterung“ stattgefunden hat oder nicht. Da es bekannt ist, aus welchen Kreisen die amerikanischen Richter sich rekrutieren, so kann man nur sagen, die ganze Entscheidung des Obersten Gerichts ist nichts als ein leiser, aber verständnisvoller Wink, den die Feinde der Gewerkschaften nun wieder einmal von oben erhalten haben.

Wahrhaftigkeit tut not

Die Streiktaktik der Eisenbahnbeamten — Die tägliche Lüge der „Roten Fahne“

Lügen werden den Lesern der „Roten Fahne“ dargeboten, wie tägliches Brot. Gestern Abend beschäftigte sich das saubere Gesichter, das diese Zeitung zurechtshält, wieder einmal mit uns. Es erwähnt die vom „Berliner Tageblatt“ mitgeteilten angeblichen Richtlinien für die Taktik der Reichsgewerkschaft beim Eisenbahnerstreik und beschuldigt uns, diese Richtlinien weiterverbreitet und die Reichsgewerkschaft „denunziert“ zu haben. Das ist nun doch das Blödeste, was je aus einer kommunistischen Feder geflossen ist, denn wie können wir eine Denunziation begehen, indem wir unseren Lesern Kenntnis von den Mitteilungen des „Berliner Tageblattes“ geben, die der ganzen Dessenlichkeit durch die Veröffentlichung in dem vielgelesenen Blatt ohnehin bekannt geworden sind. Ist dieser Vorwurf bloß, so ist alles übrige, was in dem betreffenden Artikel des kommunistischen Blattes steht, gemeine Lüge und bewusste Fälschung. Das Blatt erwähnt eine Äußerung des „Vorwärts“ zu der gleichen Sache und schreibt dann:

„Die „Freiheit“ betet also dem „Vorwärts“ nach und behauptet, daß der große Eisenbahnerstreik von den bürgerlichen Führern der Beamtengewerkschaften, die dem Zentrum, den Demokraten und den Volksparteilern angehören, inszeniert und geleitet worden sei, um der „Republik“ und der von der „Freiheit“ so sehr geliebten Regierung Wirth Schwierigkeiten zu machen.“

Unseren Lesern brauchen wir nicht erst zu sagen, daß so etwas nie in der „Freiheit“ gestanden hat. Aber als ein Beispiel für die infamen Lügen der „Roten Fahne“ geben wir es wieder.

Das Blatt findet es ferner unschicklich, daß wir den Wunsch geäußert haben, die Reichsgewerkschaft möge sich zu den angeblichen „Richtlinien“, die wir unter starker Betonung unseres Zweifels an der Echtheit wiedergegeben haben, äußern. Wir aber wollen diese Aufforderung sogar wiederholen. Von vielen Seiten ist die Frage gestellt worden, wer die Führer im Eisenbahnerstreik waren, wo sie parteipolitisch stehen und welches die Motive ihres Handelns gewesen sein mögen. Dabei ist vielerlei behauptet worden, was ein eigentümliches Licht auf den Streik der Reichsgewerkschaft werfen muß. Von den meisten Beschuldigungen haben wir keine Notiz genommen. Einige wichtigere mußten wir jedoch erwähnen, aber immer nur zu dem Zweck, um völlige Klarheit über Wesen und Stellung der Reichsgewerkschaft und ihrer Führung zu schaffen. Diesem Bestreben werden wir aus, weiterhin dienen, denn die Arbeiterklasse hat einen Anspruch auf solche Klarheit, und sie darf sich die Möglichkeit zu ihrer Schaffung auch nicht durch das blöde Geschwafel der „Roten Fahne“ verderben lassen.

Die Reichsgewerkschaft sprach jüngst in einem auch von uns teilweise veröffentlichten Kundschreiben an die Parteien, Verbände und Regierungen die Ueberzeugung aus, daß im Falle eines zukünftigen Eisenbahnerstreiks die gesamte Arbeitnehmerschaft auch gegen den Willen ihrer Führer an die Seite der Eisenbahner und in den Generalstreik treten werde. Das heißt, die Reichsgewerkschaft rechnet mit der Solidarität der Arbeiterklasse. Wir lassen dahingestellt, inwiefern sie zu solcher Gewißheit in diesem Punkte berechtigt ist. Aber eins steht fest: wenn die Arbeiterklasse in einem solchen Ringen mit den Eisenbahnbeamten solidarisch sein soll, dann muß sie zuvor genau wissen, mit wem sie es zu tun hat. Weiter: die organi-

sierten Arbeiter und Angestellten werden niemals auf den Ruf der Reichsgewerkschaft oder der „Roten Fahne“ hin in einen solchen Kampf eintreten, sondern sie werden stets nur der Parole ihrer eigenen verantwortlichen Spitzenkörperchaften folgen. Darum ist notwendig, daß die Reichsgewerkschaft mit diesen zu einem Einvernehmen kommt, bevor sie kämpft, und daß sie diesen Spitzenkörperchaften gegenüber mit offenen Karten spielt. Die Voraussetzung für den gemeinsamen Kampf, nämlich Vertrauen zwischen Arbeitern und Eisenbahnbeamten kann nur Platz greifen, wenn zwischen den verantwortlichen Organen beider Gruppen von Organisationen ein Vertrauensverhältnis besteht.

Dieses herzustellen ist unser Ziel. Wir wissen, daß wir damit der Arbeiterklasse in ihrer Gemeinsamkeit dienen und zugleich den Beamten im besonderen. Wollen sie wirklich eins sein mit der Arbeiterklasse, dann dürfen sie sich nicht von den maßgebenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten isolieren. Dann müssen ihre Organisationen jene Klarheit über Wesen und Stellung der Beamtengewerkschaft schaffen, die wir fordern, damit die Arbeiterschaft weiß, daß in der Beamtengewerkschaft kein Raum ist für unverantwortliche Treibereien von Personen oder Gruppen, die das Ganze schädigen müßten.

Kurz: Was wir fordern, ist Wahrhaftigkeit! Und darum finden wir bei der „Roten Fahne“ allerdings kein Verständnis. Das erwarten wir auch nicht. Aber bei der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und bei den anderen Beamtengewerkschaften hoffen wir dieses Verständnis dennoch zu wecken.

Vereinskalender

Sonntag, 5. März

Freiwilligenverband der Kriegsteilnehmer. Abends 7 1/2 Uhr Elternabend in der Kula der Büchsenmacherstraße, Charlottenburg, Sobelstr. 2-4, veranstaltet von den Jugendgruppen.

Montag, 6. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Section 2. Gruppe Dantzigstr. Abends 6 Uhr allgemeine Versammlung bei Neutara, Neuhofstr. 15. Tagesordnung: Bericht der Lokalkommission von den letzten Monatsarbeiten. Zentralverband der Angestellten. Kolonialwaren-Ausschuss. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Neue Köhligstr. 25. Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 1/2 Uhr große öffentliche Versammlung der Jüdischen und Reformkirchen im Felsenhof der Wollstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Tagesordnung: Die Verhandlungen an die Arbeitgeber. Reichsverband der Kriegsteilnehmer. Abends 8 Uhr Monatsversammlung im Lohndehler, Chausseest. 44. Reichsverband der Kriegsteilnehmer. Kriegsteilnehmer und Kriegskolonnenführer. Abends 8 Uhr Ortsgruppenversammlung im Felsenhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Tagesordnung: Monatsversammlung im Felsenhof über das Militärverlegungsunternehmen. Tapezierer. Abends 10 Uhr allgemeine Streikversammlung im Gemeindefesthaus, Saal 4. Versammlung aller hiesigen Tapezierer, Näheren am. Einkehren aller ist unbedingt notwendig. Das Abhalten der Kontrollfahrten wird Montag morgen nicht auf den Kontrollfahrten, sondern in der Versammlung im Gemeindefesthaus vorgenommen.

Dienstag, 7. März

Freiwilligenverband der Kriegsteilnehmer. Abends 7 1/2 Uhr Versammlung aller Freiwilligen im Felsenhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 31-32. Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 1/2 Uhr große öffentliche Versammlung der Jüdischen und Reformkirchen im Felsenhof der Wollstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31-32. Tagesordnung: Die Verhandlungen an die Arbeitgeber. Reichsverband der Kriegsteilnehmer. Abends 7 1/2 Uhr Generalversammlung im Drebbener Gesellschaftshaus, Drebbener Str. 116.

Mittwoch, 8. März

Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirksverein Berlin 12. Kadgruppe Remondal-Werkmeister. Abends 8 Uhr Vortrag des Ausbildungsreferenten Kol. Fried über Beamtentaxi in der Schulstraße, Weinmeisterstr. 35. Inanspruchnahme einzelner Handlanger werden nur dann zurückgefordert, wenn ein genügend tranportierter Ersatzmittel angeht. Das gleiche gilt für Aufträge aus dem Werkstätt.

In der Morgenstunde

<table border="0" style="width: 100%;"> <tr><td>Sweater Wolle M.</td><td style="text-align: right;">27⁰⁰</td></tr> <tr><td>Ueberziehjacken für Damen, reine Wolle M.</td><td style="text-align: right;">89⁰⁰</td></tr> <tr><td>Damen-Hemden mit langen Ärmeln, feines Gewebe M.</td><td style="text-align: right;">20⁰⁰</td></tr> <tr><td>Herren-Hemden wollgemischt, vorzügliche Qualität M.</td><td style="text-align: right;">60⁰⁰</td></tr> <tr><td>Herren-Hemden grau, Trikot, sehr haltbar</td><td style="text-align: right;">37⁵⁰</td></tr> <tr><td>Herren-Unterhosen festes Trikotgewebe M.</td><td style="text-align: right;">12⁹⁰</td></tr> <tr><td>Herren-Unterhosen normal, in allen Größen M.</td><td style="text-align: right;">34⁰⁰</td></tr> <tr><td>Herren-Unterhosen Pa. Körper-Nessel M.</td><td style="text-align: right;">45⁰⁰</td></tr> <tr><td>Serviteurs wolle M.</td><td style="text-align: right;">8⁵⁰</td></tr> <tr><td>Schleifen schöne Muster M.</td><td style="text-align: right;">1⁰⁰</td></tr> <tr><td>Schals für Herren und Damen, reine Wolle, K-Saite M.</td><td style="text-align: right;">42⁰⁰</td></tr> <tr><td>Herren-Handschuhe Wolle gestrickt . M.</td><td style="text-align: right;">8⁷⁵</td></tr> <tr><td>Damen-Handschuhe Trikot, schwere Qualität M.</td><td style="text-align: right;">17⁵⁰</td></tr> <tr><td>Herren-Stepp- u. Filzhüte in modernen Formen M.</td><td style="text-align: right;">42⁰⁰</td></tr> <tr><td>Stutzen Wolle M.</td><td style="text-align: right;">17⁰⁰</td></tr> <tr><td>Hosenträger Gummiband m. Ledertaßen M.</td><td style="text-align: right;">17⁵⁰</td></tr> </table>	Sweater Wolle M.	27 ⁰⁰	Ueberziehjacken für Damen, reine Wolle M.	89 ⁰⁰	Damen-Hemden mit langen Ärmeln, feines Gewebe M.	20 ⁰⁰	Herren-Hemden wollgemischt, vorzügliche Qualität M.	60 ⁰⁰	Herren-Hemden grau, Trikot, sehr haltbar	37 ⁵⁰	Herren-Unterhosen festes Trikotgewebe M.	12 ⁹⁰	Herren-Unterhosen normal, in allen Größen M.	34 ⁰⁰	Herren-Unterhosen Pa. Körper-Nessel M.	45 ⁰⁰	Serviteurs wolle M.	8 ⁵⁰	Schleifen schöne Muster M.	1 ⁰⁰	Schals für Herren und Damen, reine Wolle, K-Saite M.	42 ⁰⁰	Herren-Handschuhe Wolle gestrickt . M.	8 ⁷⁵	Damen-Handschuhe Trikot, schwere Qualität M.	17 ⁵⁰	Herren-Stepp- u. Filzhüte in modernen Formen M.	42 ⁰⁰	Stutzen Wolle M.	17 ⁰⁰	Hosenträger Gummiband m. Ledertaßen M.	17 ⁵⁰	<table border="0" style="width: 100%;"> <tr><td>Herren-Socken gute Qualität M. 10,00</td><td style="text-align: right;">4⁰⁰</td></tr> <tr><td>Strümpfe für Damen und Kinder . . . M.</td><td style="text-align: right;">5⁷⁵</td></tr> <tr><td>Damen-Strümpfe schwarz u. farbig, vorzügl. Qual. l. M. 27,00</td><td style="text-align: right;">24⁰⁰</td></tr> <tr><td>Damen-Schlupfhöschen in modernen Farben M.</td><td style="text-align: right;">45⁰⁰</td></tr> <tr><td>Damen-Reformhosen blau, schwere Ware, Gr. 60. M.</td><td style="text-align: right;">77⁰⁰</td></tr> <tr><td>Unterwesten mit Kapok wattiert, mit und ohne Ärmel . M. 90,00, 45,00</td><td style="text-align: right;">35⁰⁰</td></tr> <tr><td>Herren-Hosen in guter Qualität von M.</td><td style="text-align: right;">85⁰⁰</td></tr> <tr><td>Feldgraue Militärhosen . . . von M.</td><td style="text-align: right;">148⁰⁰</td></tr> <tr><td>Militär-Drellhosen reitertauglich, in ganz vorzügl. Qualit.</td><td style="text-align: right;">75⁰⁰</td></tr> <tr><td>Herren-Ulster haltb. gute Qualität von M.</td><td style="text-align: right;">175⁰⁰</td></tr> <tr><td>Winter-Anzüge aus Manchester od. engl. Leder, mit schwar. Futter. Schutz gegen streng Frost . . . von M.</td><td style="text-align: right;">390⁰⁰</td></tr> <tr><td>Wash- und Frackwesten . . . von M.</td><td style="text-align: right;">60⁰⁰</td></tr> <tr><td>Herren-Litewken aus Buckskin von M.</td><td style="text-align: right;">110⁰⁰</td></tr> <tr><td>Drellanzüge schwere Ware, gut verarbeitet . M. 150,00, 140,00</td><td style="text-align: right;">130⁰⁰</td></tr> <tr><td>Monteur-Anzüge braun, anbergs-wähllich billig . M. 125,00, 90,00</td><td style="text-align: right;">60⁰⁰</td></tr> </table>	Herren-Socken gute Qualität M. 10,00	4 ⁰⁰	Strümpfe für Damen und Kinder . . . M.	5 ⁷⁵	Damen-Strümpfe schwarz u. farbig, vorzügl. Qual. l. M. 27,00	24 ⁰⁰	Damen-Schlupfhöschen in modernen Farben M.	45 ⁰⁰	Damen-Reformhosen blau, schwere Ware, Gr. 60. M.	77 ⁰⁰	Unterwesten mit Kapok wattiert, mit und ohne Ärmel . M. 90,00, 45,00	35 ⁰⁰	Herren-Hosen in guter Qualität von M.	85 ⁰⁰	Feldgraue Militärhosen . . . von M.	148 ⁰⁰	Militär-Drellhosen reitertauglich, in ganz vorzügl. Qualit.	75 ⁰⁰	Herren-Ulster haltb. gute Qualität von M.	175 ⁰⁰	Winter-Anzüge aus Manchester od. engl. Leder, mit schwar. Futter. Schutz gegen streng Frost . . . von M.	390 ⁰⁰	Wash- und Frackwesten . . . von M.	60 ⁰⁰	Herren-Litewken aus Buckskin von M.	110 ⁰⁰	Drellanzüge schwere Ware, gut verarbeitet . M. 150,00, 140,00	130 ⁰⁰	Monteur-Anzüge braun, anbergs-wähllich billig . M. 125,00, 90,00	60 ⁰⁰
Sweater Wolle M.	27 ⁰⁰																																																														
Ueberziehjacken für Damen, reine Wolle M.	89 ⁰⁰																																																														
Damen-Hemden mit langen Ärmeln, feines Gewebe M.	20 ⁰⁰																																																														
Herren-Hemden wollgemischt, vorzügliche Qualität M.	60 ⁰⁰																																																														
Herren-Hemden grau, Trikot, sehr haltbar	37 ⁵⁰																																																														
Herren-Unterhosen festes Trikotgewebe M.	12 ⁹⁰																																																														
Herren-Unterhosen normal, in allen Größen M.	34 ⁰⁰																																																														
Herren-Unterhosen Pa. Körper-Nessel M.	45 ⁰⁰																																																														
Serviteurs wolle M.	8 ⁵⁰																																																														
Schleifen schöne Muster M.	1 ⁰⁰																																																														
Schals für Herren und Damen, reine Wolle, K-Saite M.	42 ⁰⁰																																																														
Herren-Handschuhe Wolle gestrickt . M.	8 ⁷⁵																																																														
Damen-Handschuhe Trikot, schwere Qualität M.	17 ⁵⁰																																																														
Herren-Stepp- u. Filzhüte in modernen Formen M.	42 ⁰⁰																																																														
Stutzen Wolle M.	17 ⁰⁰																																																														
Hosenträger Gummiband m. Ledertaßen M.	17 ⁵⁰																																																														
Herren-Socken gute Qualität M. 10,00	4 ⁰⁰																																																														
Strümpfe für Damen und Kinder . . . M.	5 ⁷⁵																																																														
Damen-Strümpfe schwarz u. farbig, vorzügl. Qual. l. M. 27,00	24 ⁰⁰																																																														
Damen-Schlupfhöschen in modernen Farben M.	45 ⁰⁰																																																														
Damen-Reformhosen blau, schwere Ware, Gr. 60. M.	77 ⁰⁰																																																														
Unterwesten mit Kapok wattiert, mit und ohne Ärmel . M. 90,00, 45,00	35 ⁰⁰																																																														
Herren-Hosen in guter Qualität von M.	85 ⁰⁰																																																														
Feldgraue Militärhosen . . . von M.	148 ⁰⁰																																																														
Militär-Drellhosen reitertauglich, in ganz vorzügl. Qualit.	75 ⁰⁰																																																														
Herren-Ulster haltb. gute Qualität von M.	175 ⁰⁰																																																														
Winter-Anzüge aus Manchester od. engl. Leder, mit schwar. Futter. Schutz gegen streng Frost . . . von M.	390 ⁰⁰																																																														
Wash- und Frackwesten . . . von M.	60 ⁰⁰																																																														
Herren-Litewken aus Buckskin von M.	110 ⁰⁰																																																														
Drellanzüge schwere Ware, gut verarbeitet . M. 150,00, 140,00	130 ⁰⁰																																																														
Monteur-Anzüge braun, anbergs-wähllich billig . M. 125,00, 90,00	60 ⁰⁰																																																														

Tuche 140 cm breit, vorzügliche Qualität, blau und schwarz, für Anzüge und Damenkostüme geeignet Mtr. M. 150,00, 120,00	105 ⁰⁰
Pelzjoppen und Fahrpelze mit Kanin gefüttert . . . M. 600,00, 400,00	300 ⁰⁰
Engl. Offiziersmäntel in braunellierter Farbe, aus dickem, wasserfestem und wasserdichtem Wollstoff, mit wolleinem Leibfutter . M.	575 ⁰⁰
Herren-Litewken lock- und rüfrel, in braun, blauen und schwarzen Farben M.	49 ⁰⁰

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestr. 29/30

Anm. Unsere Angebote sind stets freibleibend
Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt

Hermann Engel

Landsberger Str. 85, 86, 87.

Warten Sie nicht mit den Anschaffungen für Frühjahr und Sommer, sondern kaufen Sie jetzt!

Es muß Ihnen in der heuligen schweren Zeit daran gelegen sein, ihr Geld gut anzulegen,

daher bitte kommen Sie!

Großer Frühjahrs-Saison-Eröffnungs-Verkauf

in wunderbarer Modell-Konfektion u. Modell-Hüten.

Große Auswahl in eleganten Covercoatmänteln und Jacken, auf reiner Seide gefüttert in allerneuesten Formen. * Feinste Tuch- und Velours-de-Laine-Mäntel, neueste Modelle, zu äußerst vorteilhaften Preisen. * Selten schöne Modellkostüme in allen Farben, auch Covercoat, in englischem und französischem Geschmack, Ersatz für feinste Schneiderarbeit. * Entzückende Capes, das Neueste der Mode, in weicher, fließender Seide und feinsten Tuchen. * Eleganteste Nachmittagskleider in feinsten Wollstoffen, mit Crêpe-Georgette kombiniert u. mit reichen Stickereien verziert. Blendende Schöpfungen feinsten Seidenkleider aus Taffet, Crêpe de Chine, Kaschmir und Crêpe marocain ramagé. * Große Auswahl schönster und modernster Waschkleider in reichhaltigen Farbensortiments, darunter feenhaft leichte und praktische dunkle Farben, allerneueste Macharten, auch elegante ganz echte Weiße Kleider.

100 cm breite Prima Wolle, entzückende Muster, Mtr. 87,50, 110.—. * 80 cm breite D'rand-Stolle, gute Qual., reizende Dessins, Mtr. 38 50. * 70 cm breiter Körper Velvet Mtr. 105.— M. in vielen Farben. * Jumper aus Wolle große Farbenwahl, 225.—. Jumper aus Kunsseide, feine Formen, 425.—, 345.—, 365.—. * Weiße Waschlilien aus Prima Voll-Wolle, mit Handjour, handgetickt u. echtem Fillet garniert. * Modernste Frühjahrsstoffe für Damen-Kostüme und -Mäntel, Mtr. 105.—, 150.—, 125.—. * 140 cm breite Herrenstoffe Mtr. 110.—, 98 50, 85.—. Herrenstoffe in modernstem Geschmack u. guter Qualität, Mtr. 250.—, 225.—, 200.— M.

Sommer-Herrn-Socken in schwarz und farbig, Paar 25⁰⁰ M., 19⁰⁰ M., 18⁰⁰ M., 12⁰⁰ M.

Baumwollene Herren-Socken in grau und braun, Paar 9⁵⁰ M., 8⁵⁰ M., 7⁵⁰ M., 5⁰⁰ M.

Fior- u. Mousseline-Damen-Strümpfe, schwarz u. farbig, Paar 27⁰⁰, 22⁰⁰, 18⁰⁰, 10⁷⁵ M.

Deutschnango Frauenstrümpfe, vorzügliche Qualität, Paar 29⁰⁰ M.

Seidene Damenstrümpfe in allen Farben Paar 29⁰⁰ M., 28⁰⁰ M., 108⁰⁰ M., 175⁰⁰ M., 167⁰⁰ M., 149⁰⁰ M.

Soldenior-Damenstrümpfe, schwarz, mode u. grau, Paar 112⁰⁰, 62⁰⁰, 49⁰⁰, 46⁰⁰ M.

Schwarze Kindersöckchen mit Wollrand

Größe 2 3 4 5 6 7 8 9
Paar 12⁷⁵ 14⁷⁵ 16⁷⁵ 18⁷⁵ 20⁷⁵ 23⁷⁵ 26⁷⁵ 29⁷⁵

Schwarze englischlange Kinderstrümpfe

Größen III IV V VI VII VIII IX X XI
Paar 4⁰⁰ 6⁰⁰ 7⁰⁰ 9⁰⁰ 10⁰⁰ 13⁰⁰ 15⁰⁰ 17⁰⁰

Großer Wäsche- u. Tischzeug-Ausstatter-Verkauf

Bräutleute, junge Ehepaare, sparsame Hausfrauen!

Lassen Sie die Gelegenheit zum Einkauf von ganzen Wäsche- und Tischzeug-Ausstattern und zur Ergänzung nicht vorübergehen, es ist nicht voranzusehen, welche Steigerungen die Preise noch erfahren können.

Großer, außerordentlich billiger Verkauf

von Teppichen, Läuferstoffen, Bettvorlagen, Möbelstoffen, Tischdecken, Bettdecken, Diwanddecken, Reisdecken, Gardinen, Stores.